

Reader zur Marxistischen Sonntagsschule
**Vom Audimaxismus zur Revolution:
Wie können wir die Welt verändern?**

Wann: 21.3., 15:00
Wo: Amerlinghaus (7., Stiftgasse 8, 1070 Wien)
Wie: Offen für alle, Eintritt frei

Linkswende Unigruppe
www.linkswende.org
linkswende@linkswende.org

Inhalt

Einleitung	3
Manfred Ecker: Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft	4
Stefan Bornost: Sind die Menschen egoistisch?	7
Stefan Bornost: Die Revolution – kommt sie jemals?	9
Chris Harman: Das ist Marxismus	11
Kap. 8: Wie kann die Gesellschaft verändert werden?	11
Kap. 9: Wie Arbeiter zu Revolutionären werden	16
Kap. 10: Die revolutionäre Partei	17
Alex Callinicos: Reformieren? Umgehen? Stürzen? Die Linke und der Staat	20
Andreas Berlin: Was ist Sozialismus von unten?	24
Leo Trotzki: Auszug aus der Kopenhagener Rede	29
Tony Cliff: Warum wir eine revolutionäre Partei brauchen	31
Anhang	
Fragen zur Diskussion	37
Empfohlene Literatur	38

Einleitung

Die Besetzung des Audimax der Uni Wien und die Bewegung bis zu den Bologna-Proteste brachten tausende Studierende in Selbstaktivität. Mit der Zeit erkannten immer mehr, dass es nicht reicht, sich nur für bessere Studienbedingungen und einen freien Hochschulzugang einzusetzen.

Tausende Studierende wollten mehr: Nicht nur eine freie Uni, sondern auch eine freie Gesellschaft. Doch wie kommen wir dort hin? Dieser Frage wollen wir in diesem Reader und in der marxistischen Sonntagsschule „Vom Audimaxismus zur Revolution. Wie können wir die Welt verändern?“ nachgehen.

Die Sonntagsschule ist in drei Teile aufgeteilt:

- **Bewusstsein & Ideologie: Wie ändern sich Ideen?**
Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden“ (Karl Marx)
- **Vom Protest über den Massenstreik zur Revolution**
Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“ (Rosa Luxemburg)
- **Welche Organisation brauchen wir?**
Nicht raunzen, organisieren!“ (Tony Cliff)

Zur Einstimmung und Vorbereitung der Diskussion habe ich hier einige Texte gesammelt, die die Fragen der Sonntagsschule behandeln. Bitte lest die Texte, besonders empfehle ich jene von Alex Callinicos und Tony Cliff über den Umgang mit der Staatsmacht bzw. die Parteifrage. Im Anhang findet ihr noch Diskussionsfragen und Literaturtipps.

Viel Spaß beim Lesen und bis zur Sonntagsschule am 21.3. um 15:00 im Amerlinghaus.

Rote Grüße,

Martin Maurer

Manfred Ecker:

Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft

Nov. 2009

In der Protestbewegung an den Universitäten steckt eine kollektive Dynamik, die Ansätze einer künftigen sozialistischen Gesellschaft trägt. Diejenigen, die sich an den Protesten und Besetzungen beteiligen, können an sich und an anderen Veränderungen beobachten, die sie sich vorher so nicht hätten vorstellen können. Manfred Ecker skizziert diese Keimzelle der zukünftigen Gesellschaft, die zeigt, dass eine andere Welt möglich ist.

In jeder Protestbewegung, die eine gewisse kollektive Dynamik annimmt, stecken Ansätze der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Diese Ansätze finden sich sowohl in den Veränderungen des Bewusstseins der beteiligten Aktivistinnen und Aktivisten, als auch in den Organisationsformen und dem Regeln, die Protestbewegungen sich aneignen. Besonders augenfällig sind die kollektive Verwaltung und die kollektiven Besitzformen als Vorläufer einer sozialistischen Gesellschaftsform erkennbar.

Demokratie

Die aktuellen Universitätsproteste bilden eine vorwiegend von unten kontrollierte Bewegung. Protestbewegungen leben von ihrem Zusammenhalt und ihrer Einigkeit. Der Zusammenhalt einer Protestbewegung entwickelt sich aber nur unter demokratischen Verhältnissen. Schließlich bedeutet Zusammenhalt, dass man sich an Beschlüsse des Kollektivs hält und ihre Konsequenzen befolgt, auch wenn man ursprünglich eine Gegenposition eingenommen hat. Nur wenn man genügend Raum hatte, um seine Gegenposition einzunehmen und für seine Position zu argumentieren, wenn eine Gelegenheit gegeben wurde Unterstützung für die eigene Position zu sammeln und sich auf dieser Basis zu organisieren, dann wird man eine Niederlage bei demokratischen Abstimmungen akzeptieren und sich dem Willen der Mehrheit beugen.

Also brauchen Protestbewegungen sehr hoch entwickelte demokratische Strukturen. Sie müssen schon sehr früh die engen Grenzen der bürgerlichen Demokratie überwinden. Tatsächlich sind die Versammlungen der Studierenden an den Österreichischen Universitäten um ein Vielfaches demokratischer als alles, was diese Universitäten sonst zu bieten haben. Die Wahl des Rektors, die Erstellung der Lehrpläne, die Arbeit der Verwaltung, die Erstellung des Universitätsbudgets sind alle höchst undemokratisch organisiert. Die Protestversammlungen sind auch viel demokratischer organisiert als etwa das Parlament oder andere demokratische Vertretungen. Die Abhängigkeit solcher Bewegungen von der aktiven Unterstützung durch die Beteiligten bedingt diese Fortschritte in der Demokratie.

Karl Marx lernte das klassische Modell von „Arbeiterdemokratie“ von einer der inspirierendsten Aufstandsbewegung aller Zeiten, der so genannten „Pariser Kommune“ von 1871. Die Pariser Kommune war eine Aufstandsbewegung gegen die gegen Preußen kriegführende französische Regierung, welche die Eliten von Paris aus der Stadt vertrieb und für 72 Tage lang Paris selbst verteidigte und verwaltete. Anstatt nur ein Kreuz auf einem Stimmzettel zu hinterlassen, wählten einfache Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Vertreter in Massenversammlungen in Fabriken und Stadtvierteln. Die Vertreterinnen und Vertreter wurden direkt gewählt und waren ihrer Wahlversammlung direkt verantwortlich. Sie konnten vor allem auch direkt wieder abgewählt werden – das ist ein wichtiger Unterschied zur bürgerlichen Demokratie und ein starker Garant gegen Korruption und die Herausbildung heimlicher Führungszirkel. Delegierte bekamen als Sold denselben Lohn wie ein Arbeiter und ihre Familien erhielten keinerlei Privilegien. In der Revolution von 1905 wiederholten die Arbeiterinnen und Arbeiter von St. Petersburg das Experiment und gründeten Sowjets, oder Ratsversammlungen, deren Räte direkt in den Massenversammlungen der Fabriken gewählt wurden. Effektive Arbeiterräte bildeten sich zuletzt 2005 in Bolivien als eine revolutionäre Bewegung die Regierung verjagte und den indigenen Präsidenten Evo Morales an die Macht hievte.

Solidarisches Kollektiv

Im Sozialismus herrscht nicht nur eine sehr fortschrittliche Form von Demokratie, sondern sie funktioniert auch im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Menschen, die Bewegung agiert als demokratisches Kollektiv. Das ist selbst vielen Kritikern des Kapitalismus nur sehr schwer vorstellbar. Sie würden die Herrschaft einer erleuchteten menschenfreundlichen Elite, die im Interesse der Masse der Bevölkerung regiert, vorziehen. Denn um sich vorstellen zu können, dass die Massen als solidarisches Kollektiv handeln können, muss man sich die Massen vorstellen, wie sie sich im Prozess der Bewegung selbst verändern. „Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen ... Das Bewusstsein kann nie etwas anderes sein als das bewusste Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozess.“ (aus Karl Marx / Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie) Anders gesagt werden Menschen nur zu einem solidarischen Kollektiv, wenn Entwicklungen in kollektiven Auseinandersetzungen von ihnen verlangen, solidarisch und kollektiv zu handeln. „Nicht das Bewusstsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewusstsein“. Wer nur den Menschen betrachtet, so wie er sich als isoliertes Individuum verhält, der kann sich den Menschen nicht vorstellen, wie er sich im Laufe einer dynamischen Protestbewegung verhält.

Entfremdung

Menschen leiden im Kapitalismus unter einem Phänomen, das Marx in Anlehnung an sein Vorbild Hegel Entfremdung nannte. Für Marx schafft die fehlende Kontrolle über unsere eigenen Leben und unsere Arbeit eine fundamentale Entfremdung der Menschen untereinander und auch von ihrem Leben. Wir Menschen sind eigentlich soziale politische Wesen, und dafür geschaffen unsere Existenzgrundlagen in kollektiven Anstrengungen zu bewältigen. Das gilt für die Steinzeitmenschen vor 20.000 Jahren genauso wie für den modernen Menschen. Die Steinzeitmenschen mussten kollektiv planen und handeln, wenn sie ein Dorf errichten wollten. Sie mussten Aufgaben aufteilen: wo soll eine Siedlung entstehen, wer fällt die Bäume, wer bleibt bei den Kindern, wer mahlt das Mehl, wer räuchert das Fleisch, etc. alles wurde kollektiv entschieden. Was uns laut Marx erst zu Menschen macht, ist unsere spezielle Eigenschaft, im Kollektiv einen Plan zu entwickeln, und in kollektiver Arbeit unsere Umwelt so zu verändern, dass dieser Plan umsetzbar wird. Also Arbeit macht den Menschen aus: „Eben in der Bearbeitung der gegenständlichen Welt bewährt sich der Mensch als Gattungswesen.“ In Klassengesellschaften und besonders im Kapitalismus wird dem Menschen nun die Kontrolle über das was er tut, zunehmend entzogen. Was der Mensch tut, wird zunehmend von äußeren Zwängen diktiert. Wann er aufsteht, wann er zu arbeiten beginnt, was und wie lange er arbeitet, diktieren Stundenpläne die er selbst kaum beeinflussen kann. Arbeit ist das, was den Menschen zum Menschen macht, er aber empfindet Arbeit als unmenschliche Bürde. Er empfindet die tägliche Zeit, die er in der Arbeit oder im Unterricht verbringt als vergeudete Zeit, und erst die Zeit der Erholung als sinnvoll genutzte Zeit.

Erst in dem Moment, wo Menschen kollektiv um Selbstbestimmung über ihr Tun kämpfen, beginnen sie Entfremdung zu überwinden. Das ist eine Erfahrung die alle Menschen machen, die sich an größeren Protesten wie Streiks oder Besetzungen beteiligt haben.

Handarbeit und Kopfarbeit

Die Teilung der Arbeit in besser bezahlte Planungs- und Verwaltungsarbeit und in schlechter bezahlte körperliche Arbeit muss im Sozialismus aufgehoben werden. Jedem Menschen muss es möglich sein, Planer und Produzent gleichzeitig zu sein, oder wie Lenin in „Staat und Revolution“ geschrieben hat: „Jede Köchin muss in der Lage sein, die Staatsmacht auszuüben“. Schon bei der Audimaxbesetzung passieren solche Dinge im Kleinen. Hier gibt es keine Trennung in diejenigen, die hinter verschlossenen Türen tagen und die Proteste planen, und diejenigen, die dann rennen, Flugschriften produzieren und sie verteilen und kochen und putzen. Es sind dieselben Menschen die beides tun – planen und werken.

Im Sozialismus ist das einerseits dadurch gewährleistet, dass die vorhandene Arbeitszeit gerecht auf alle aufgeteilt wird und damit radikal gekürzt wird. Außerdem sollte die Einführung arbeitssparender Maßnahmen weitere Erleichterungen bringen. Die Menschen fliegen zum Mond – es sollte kein wirkliches Problem sein, unangenehme Arbeiten wie Straßenreinigung oder ähnliches zu automatisieren.

Andererseits muss, um die Verschmelzung von Kopf- und Handarbeit zu gewährleisten, die Bildung völlig neu organisiert werden. Wir brauchen eine Verschmelzung von wissenschaftlichem, sozialem und künstlerischen Wissen, also eine Bildung, die dazu dient, den Menschen möglichst bei seiner Entwicklung zu unterstützen, anstatt einer Bildung für die Bedürfnisse der Konzerne. Es wäre etwas, das in einer Gesellschaft, in der Bildung mehr als Ausbildung zum Rädchen im Getriebe ist, nicht unvorstellbar ist. Deshalb ist die Vorstellung absurd, dass in einer solchen Gesellschaft der Anreiz verloren ginge, überhaupt noch zu arbeiten – auch wenn es weiterhin Arbeiten gibt, die niemand erfüllend findet. Im Gegenteil: Hat die Arbeit ihren Sinn für den einzelnen Menschen zurück gewonnen, dann braucht er als Antrieb dazu auch nicht mehr die ständige Existenzangst wie im Kapitalismus. Man muss sich nur einmal vergegenwärtigen, mit welchem Eifer viele Arbeiter noch nach ihrem Arbeitstag ein Hobby betreiben können. Oder mit wie viel Enthusiasmus Erstklässler in die Schule gehen, bevor der Prüfungsdruck das Lernen zu einem sinnentleerten Pauken macht.

Strategien

Eine andere Welt ist möglich und für alle, die sich in den Protesten und Besetzungen engagiert haben, ist das eine fühlbare Möglichkeit. Sie haben an sich und an anderen Veränderungen beobachten können, die sie sich vorher so nicht hätten vorstellen können. Sie haben auch gesehen, dass ehemals große Hürden, wie ein Mangel an Kooperation und Solidarität, plötzlich niedergerissen werden. Wir haben im Verlauf der Proteste alle erlebt, wie aus Masse plötzlich Kraft entsteht, oder wie Arundhati Roy es in ihrer ergreifenden Rede auf dem 3. Weltsozialforum 2003 es ausdrückte: „Vergessen Sie niemals: Wir sind viele, die nur wenige. Ihre Abhängigkeit von uns ist größer als umgekehrt. Die ‘Andere Welt’ – sie ist nicht nur möglich, sondern schon unterwegs zu uns. An ruhigen Tagen höre ich sie bereits leise atmen.“

Stefan Bornost:

Sind die Menschen egoistisch?

März 2005

„Die Idee des Sozialismus ist ja schön und gut“, schrieb uns ein Leser; „doch der Mensch ist nun mal egoistisch und auf seinen eigenen Vorteil bedacht.“ Wie könnten die Menschen dann in einer sozialistischen Welt leben?

Niemand wird als Egoist geboren. Menschen können sich für andere aufopfern oder egoistisch sein. Sie sind geizig oder großzügig.

Die Menschen werden von der Gesellschaft geprägt, in der sie leben. Für die amerikanischen Indianer war es „unnatürlich“, Land zu besitzen. Für die Landbesitzer im 18. Jahrhundert war das hingegen das wichtigste Menschenrecht.

Für traditionelle Hindi ist es normal, dass ihre Eltern den Ehepartner für sie aussuchen, während die meisten Menschen in Europa das als unterdrückend empfinden würden. Es gibt keine „Natur des Menschen“, die generell über unsere Moralvorstellungen oder unser alltägliches Handeln bestimmt.

Wir alle haben Grundbedürfnisse, die wir befriedigen wollen: Wir brauchen Luft, Wasser, Nahrung, aber auch Kleidung, Schutz und Wärme, um zu überleben. Dafür arbeiten Menschen seit Jahrtausenden zusammen.

Anders als Tiere sind wir in der Lage, gezielt Dinge herzustellen, die wir zum Leben brauchen. Seit ihrer Entstehung vor über 2 Millionen Jahren lebten die Menschen die meiste Zeit in einem Ur-Sozialismus zusammen. Sie lebten in Gruppen und sorgten gemeinsam dafür, dass sie überleben konnten. Diese Ur-Gesellschaft war eine Mangelgesellschaft. Weil kein Überschuss an Lebensmitteln oder Kleidung hergestellt werden konnte, häufte niemand Besitz an.

In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft gibt es eine Überproduktion. Bei gleicher Verteilung, wäre für alle Menschen genug da.

Wir bestimmen aber nicht mehr selbst darüber, wann und wie wir etwas herstellen. Wichtige Produktionsmittel wie Fabriken, Land, Maschinen und Transportmittel gehören einer kleinen Minderheit. Die meisten Menschen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die Bosse und Konzerne, die über diese Arbeitszeit bestimmen, müssen außerdem untereinander konkurrieren. Deshalb wollen sie, dass ihre Angestellten so viel Profit wie möglich erarbeiten.

Das führt dazu, dass die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden. Gleichzeitig nimmt der Kapitalismus immer mehr Menschen die Möglichkeit, überhaupt zu arbeiten. Wer nicht genug Profit bringt, verliert seinen Arbeitsplatz.

Das System, in dem wir leben müssen, zwingt uns dazu, egoistisch zu sein. Wir müssen mit anderen Menschen um Arbeitsplätze, Kita-Plätze, gute Noten und viele andere Dinge konkurrieren. Auch unsere Freizeit wird vom Kapitalismus geprägt. Wer abends von der Arbeit nach Hause kommt, hat oft nicht mehr genug Energie, um Zeit mit seiner Familie oder Freunden zu verbringen. Viele Menschen bleiben deshalb den Abend vor dem Fernseher.

Auch hier lernen wir, dass wir gegeneinander konkurrieren sollen. Fernseh-Shows wie „Big Brother“ handeln davon, dass sich Menschen in einen Container sperren lassen, aus der jede Woche derjenige rausgeworfen wird, der den Zuschauern am wenigsten gefällt.

Auch beim Sport geht es um Konkurrenz. Was zählt, sind Siege und Rekorde. Die bekanntesten Sportler bekommen außerdem Millionengehälter, während andere nebenher arbeiten müssen, um überleben zu können. Es geht nicht mehr darum, gemeinsam Spaß zu haben.

Kleinen Kindern ist es hingegen egal, wer beim Spielen den Ball fallen lässt. Punkte werden gar nicht gezählt.

Auch haben kleine Kinder oft Spaß am Lernen. Sie sind neugierig und stellen viele Fragen. Spätestens in der Schule wird den Kindern das Konkurrenzdenken beigebracht. Durch den Druck, gute Noten zu schreiben,

wird ihnen dieser Spaß genommen.

Die Konkurrenz um die besten Noten wird später zur Konkurrenz um den Arbeitsplatz. Trotzdem erleben wir auch von Erwachsenen Solidarität und Menschlichkeit. Beispielsweise haben allein die Menschen in Deutschland nach der Flutkatastrophe in Südasien mehr als 500 Millionen Euro für die Opfer gespendet.

Solidarität erleben wir auch in gemeinsamen Kämpfen, wenn wir zusammen gegen Krieg auf die Straße gehen oder für soziale Gerechtigkeit demonstrieren. Auch bei Streiks kämpfen Arbeiter oft dafür, dass ihre Kollegen ihre Jobs behalten können, obwohl sie ihren eigenen Arbeitsplatz dabei gefährden. Das sind Situationen, die erahnen lassen, dass sich die Menschen in einer anderen Gesellschaft anders verhalten würden: In einer Welt, die im Interesse der Menschen und nicht der Wirtschaft funktioniert, müsste niemand ums Überleben kämpfen und niemandem würde beigebracht egoistisch zu sein.

Linksruck Nr. 196, 30. März 2005

Stefan Bornost:

Die Revolution – kommt sie jemals?

Dez. 2004

Über 200 Leute diskutierten in den letzten Wochen auf Linksruck-Veranstaltungen über das Leben und die Politik Che Guevarra. Che war ein leidenschaftlicher Revolutionär. Er wollte die Welt grundsätzlich ändern. Geht das denn heute noch, sind Revolutionen im 21. Jahrhundert noch möglich – das war die häufigste Frage.

Revolution heißt, dass große Massen von Menschen, die sich nie zuvor mit Politik beschäftigt haben, die politische Bühne stürmen. Sie müssen die Notwendigkeit und die Möglichkeit erkennen, dass sie die Welt verändern können.

So begann die Französische Revolution von 1789, als tausende Menschen aus den ärmsten Stadtteilen von Paris sich zu einem Marsch auf den Königspalast in Versailles aufmachten, um Abhilfe gegen Hunger und Elend in der Stadt einzufordern.

Die russische Revolution 1917 wurde von Textilarbeiterinnen ausgelöst, die in den Streik traten. Sie wollten ihre langen Arbeitstage und kläglichen Löhne nicht mehr hinnehmen. Sie warfen Schneebälle an die Fenster der Fabriken, wo ihre männlichen Kollegen arbeiteten, um sie auf die Straße zu holen.

Solche Ereignisse passieren spontan, wenn große Massen arbeitender Menschen plötzlich einsehen, dass sie die Dinge selber in die Hand nehmen müssen, um zu bekommen, was sie wollen.

Massenaufstände entstehen, wenn große gesellschaftliche Veränderungen Menschen dazu veranlassen, mit ihren alten Verhaltensweisen zu brechen. Lenin, die führende Figur der russischen Revolution, untersuchte diese Prozesse 1915, zwei Jahre vor den explosiven Ereignissen von 1917.

Er machte zwei Bedingungen für Revolutionen aus. Erstens müssen einfache Menschen die Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten, unerträglich finden. Aber Menschen können auf schreckliche Verschlechterungen ihres Lebensstandards auch dadurch reagieren, dass sie demoralisiert werden und sich gegeneinander wenden.

Deshalb betonte Lenin auch das zweite wichtige Element. Große wirtschaftliche oder politische Krisen verbittern nicht nur die unteren Schichten der Gesellschaft. Sie stürzen auch die herrschende Klasse in Ratlosigkeit

In solchen Situationen fangen die Herrschenden an, sich gegenseitig für die Misere verantwortlich zu machen. Jeder einzelne Kapitalist versucht, sich auf Kosten seiner Rivalen aus der Krise zu retten, und alle erhöhen den Druck auf die Bevölkerung.

In extremen Fällen können die Streitereien innerhalb der herrschenden Klasse ihren ganzen Propagandaapparat und die Unterdrückungsmaschinerie des Staates lähmen. Jeder Teil der herrschenden Klasse versucht dann, die Medien und die Geheimpolizei gegen seine Konkurrenten einzusetzen. Und jede Fraktion versucht, die Bevölkerung für ihre Pläne und gegen die ihrer Rivalen aufzustacheln.

Die Spaltungen innerhalb der herrschenden Klasse führen dazu, dass die Menschen nicht mehr einheitlichem Widerstand gegen ihre Forderungen gegenüber stehen. Dadurch bekommen die Menschen Zutrauen, dass militante Aktionen Wirkung zeigen können.

Eine revolutionäre Situation entsteht, wenn, wie Lenin es formulierte, „die unteren Klassen nicht mehr wie bisher leben wollen und die oberen Klassen nicht mehr wie bisher leben können.“

Niemand in der Gesellschaft ist mehr mit der herrschenden Ordnung zufrieden. Alle suchen verzweifelt nach einer Lösung, egal wie „extrem“ sie sein mag.

Der Kapitalismus erzeugte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Reihe solch revolutionärer Situationen, die von großen Kriegen und schweren Krisen gekennzeichnet waren. Am Anfang des 21. Jahrhunderts schafft der Kapitalismus wieder revolutionäre Situationen durch seine anarchische Globalisierung der Produktion und Finanzen.

Argentinien zum Beispiel galt in den 1990er Jahren als Paradebeispiel einer erfolgreich globalisierten Volkswirtschaft. Seine Regierung wurde von allen führenden Wirtschaftsexperten dafür gelobt, wie schnell sie Argentiniens Wirtschaft privatisiert und ausländisches Kapital ins Land geholt hatte.

Dann wurde das Land von den Ausläufern einer Finanzkrise getroffen, die in Thailand, am anderen Ende der Welt, begonnen hatte. Argentiniens Auslandsschulden wuchsen über Nacht ins Unermessliche. Die Binnennachfrage brach zusammen. Die Arbeitslosigkeit schoss in die Höhe. Der Staat fror sämtliche Bankkonten ein. Und die herrschende Klasse war tief gespalten über die Frage, was zu tun sei.

An diesem Punkt brachen Menschen, die nie zuvor auf Demonstrationen waren -Arbeitslose, Handarbeiter, Regierungsangestellte, Teile der Mittelschicht- zu einem Marsch auf den Präsidentenpalast auf. Dort lieferten sie sich 24 Stunden lang Straßenschlachten mit der Polizei und jagten schließlich die Regierung aus dem Amt.

Argentinien ist kein isolierter Einzelfall. In den letzten sechs Jahren haben wir dieselbe Entwicklung auch in Albanien, Indonesien, Serbien, Ecuador und Bolivien gesehen. Und wir können für die kommenden Jahre mehr davon erwarten.

Ein Land kann jahrelang friedlich und stabil wirken. Und dann kann es plötzlich in eine tiefe Krise stürzen. Unter solchen Umständen können die Massen plötzlich auf eine Weise ins politische Leben treten, die niemand vorhersehen konnte.

Linksruck Nr. 190, 8. Dezember 2004

Chris Harman
Das ist Marxismus
Dez. 2004

Kap. 8: Wie kann die Gesellschaft verändert werden?

Seit 1914 vertritt die größte deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, die Auffassung, daß die Gesellschaft ohne gewaltsame Revolution verändert werden kann.

Es komme vielmehr darauf an, daß die Sozialisten genügend Einfluß in der Bevölkerung gewinnen und so schließlich die Kontrolle über politische Einrichtungen wie Parlamente und Stadträte erlangen. Dann werden die Sozialisten in der Lage sein, die Gesellschaft dadurch zu verändern, daß der bestehende Staat - seine Beamten, seine Gerichte, seine Polizei und seine bewaffneten Streitkräfte - Gesetze zur Geltung bringen wird, die die Macht der Unternehmerklasse beschränken können.

Auf diese Weise ließe sich der Sozialismus allmählich einführen. Gewalt wäre überflüssig.

Diese Ansicht wird gewöhnlich als Reformismus bezeichnet, manchmal auch als Revisionismus (weil die Anhänger dieser Lehre sie als "Revision", d.h. als Abänderung der ursprünglichen Lehre von Marx verstanden) oder als sozialdemokratisch (obwohl es bis 1914 in der SPD noch eine Mehrheit von Anhängern des revolutionären Weges gab).

Heute wird diese Ansicht von linken und rechten Sozialdemokraten geteilt und auch die meisten Kommunistischen Parteien haben sich in Westeuropa offiziell im Programm zum "friedlichen Weg" zum Sozialismus bekannt.

Der Reformismus scheint auf den ersten Blick sehr vernünftig. Er paßt in das Bild, das wir auf den Schulen, im Fernsehen und den Zeitungen von unserem Staat vermittelt bekommen: daß das Parlament die Gesetze macht und die Regeln aufstellt, nach denen unsere Gesellschaft funktioniert, und daß das Parlament in demokratischer Wahl nach dem demokratischen Willen des Volkes gebildet wird. Trotzdem ist bisher jeder Versuch, den Sozialismus durch das Parlament einzuführen, fehlgeschlagen.

So gab es zu Beginn der Weimarer Republik und seit 1969 in der Bundesrepublik mehrere Regierungen unter Führung der Sozialdemokratie, und trotzdem sind wir in den Jahren seit 1969 dem Sozialismus um kein Stückchen näher gekommen.

Auch im Ausland gibt es gleiche Erfahrungen. 1970 wurde der Sozialist Salvador Allende zum Präsidenten von Chile gewählt. Viele Sozialisten argumentierten damals, daß dies ein "neuer Weg zum Sozialismus" sei. Drei Jahre später stürzten die gleichen Generäle, die zuvor aufgefordert worden waren, der Regierung beizutreten, Allende und zerschlugen die chilenische Arbeiterbewegung.

Es gibt drei Argumente, warum der Reformismus immer scheitern muß. Erstens bleibt die tatsächliche wirtschaftliche Macht erst einmal in den Händen der alten herrschenden Klasse, solange eine sozialistische Mehrheit im Parlament "schrittweise" sozialistische Reformen einführt. Diese wirtschaftliche Macht gebrauchen die Herrschenden dazu, ganze Industriezweige lahmzulegen, die Preise durch Spekulation und Horten in die Höhe zu treiben, Arbeitslosigkeit zu schaffen, Geld ins Ausland zu schaffen und so eine Zahlungsbilanzkrise zu verursachen, eine Pressekampagne zu starten, die das alles der Regierung in die Schuhe schiebt.

Ein Beispiel, wie die Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht benutzen, um Reformen zu verhindern, ist das Schicksal der Berufsbildungsreform unter der SPD-Regierung seit 1969. Als die Unternehmer durch einen allgemeinen Boykott der Lehrlingsausbildung dafür sorgten, daß die Jugendarbeitslosigkeit rasch in die Höhe schoß, ließ die Regierung den größten Teil ihrer ursprünglichen Pläne von 1969 rasch wieder fallen.

Allendes Regierung in Chile sah sich dem gleichen Problem nur in viel größerem Maßstab ausgesetzt. Zweimal wurden während seiner Regierungszeit ganze Industriezweige durch "Unternehmerstreiks"

lahmgelegt, die Preise wurden absichtlich durch Horten von Gütern in schwindelnde Höhen getrieben und die Bevölkerung mußte Schlange stehen, um das allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu bekommen.

Der zweite Grund, warum der Kapitalismus nicht reformiert werden kann, liegt darin, daß der bestehende Staatsapparat nicht "unparteiisch", neutral ist, sondern von oben bis unten dafür eingerichtet ist, die bestehende kapitalistische Gesellschaft zu erhalten.

Der Staat kontrolliert fast alle Mittel zur Ausübung körperlichen Zwangs, die Gewaltmittel. Wenn der Staatsapparat tatsächlich neutral wäre und ausführen würde, was auch immer irgendeine Regierung verlangt - sei sie kapitalistisch oder sozialistisch - dann könnte der Staat benutzt werden, um z.B. den wirtschaftlichen Boykott der Kapitalisten zu brechen. Aber man braucht sich nur anzusehen, wie der Staatsapparat läuft und wer ihm wirklich die Befehle gibt, um zu erkennen, daß er nicht neutral ist.

Der Staatsapparat ist nicht nur einfach die Regierung. Er ist eine riesige Organisation mit vielen verschiedenen Abteilungen - der Polizei, der Armee, den Richtern, den Beamten, den Menschen, die die verstaatlichten Wirtschaftszweige betreiben usw. Viele Menschen, die in den verschiedenen Zweigen des Staates arbeiten, stammen aus der Arbeiterklasse, sie leben wie diese und erhalten den gleichen Lohn wie diese.

Aber diese Menschen treffen keine Entscheidungen. Der gewöhnliche Soldat hat keinen Einfluß auf die Frage, ob Krieg geführt wird, und der gewöhnliche Polizist hat keinen Einfluß auf einen Einsatz gegen streikende Arbeiter. Die Sozialarbeiter auf den Sozialämtern entscheiden nicht über die Höhe der Sozialhilfe. Der ganze Staatsapparat beruht darauf, daß es eine Unterordnung der unteren Stufen unter die nächsthöheren im Apparat gibt.

Das gilt besonders für die bewaffneten Abteilungen des Staates - Heer, Marine, Luftwaffe, Bundesgrenzschutz, Polizei. Das erste, was ein Soldat zu hören bekommt - lange bevor er überhaupt eine Waffe anfassen darf - ist, daß er den Befehlen seiner Vorgesetzten unbedingt Gehorsam zu leisten hat, gleichgültig, welche Meinung er dazu hat. Deshalb sind gerade scheinbar sinnlose Drillübungen der Armee so wichtig. Wenn ein Soldat erst einmal bereit ist, sich auf dem Übungsplatz mit seiner sauberen Uniform in den Schlamm zu werfen, dann wird er später genausowenig widersprechen, wenn ihm befohlen wird, zu schießen.

Das schlimmste Vergehen in der Armee ist, dem Befehl des Vorgesetzten nicht zu gehorchen. Die Meuterei wird im Kriegsfall auch heute noch in den meisten Ländern mit der Todesstrafe geahndet.

Wer gibt die Befehle? In der Bundeswehr führt die Befehlsleiter vom General zum Leutnant, vom Unteroffizier bis hin zum einfachen Rekruten. Die gewählten Vertreter der Parlamente oder der örtlichen Gemeinde und Stadträte haben an keiner Stelle dieser Stufenleiter das Recht auf Einblick, Kontrolle oder gar Weisungsbefugnis.

Die Armee ist eine riesige Tötungsmaschine. Die Menschen, die an ihrer Spitze stehen, die Generäle, haben gleichzeitig die Macht, andere Soldaten in Führungspositionen zu befördern.

Natürlich sind die Generäle theoretisch an die Weisungen und Beschlüsse des Parlaments und seiner Regierung gebunden. Aber die Soldaten werden darauf trainiert, ihren Generälen zu gehorchen, nicht den Politikern. Falls die Generäle sich weigerten, Regierungsbeschlüsse umzusetzen, wäre die Regierung erst einmal machtlos. Sie kann nur hoffen, die Generäle umzustimmen. Außerdem haben die Generäle auf Grund der "Geheimhaltungspflichten" in militärischen Fragen große Möglichkeiten, ihre wahren Pläne und Absichten zu verschleiern.

Das bedeutet nicht, daß die Generäle im Normalfall häufig über Regierungsbeschlüsse hinweggehen. Aber in einer Frage von Leben und Tod sind die Generäle in der Lage, die Tötungsmaschine ganz unabhängig und gegen den erklärten Willen von Regierungen einzusetzen. Nichts anderes geschah in Chile, als Allende gestürzt wurde.

Deshalb läuft die Frage, wer die Armee kontrolliert, eigentlich auf die Frage hinaus: Wer sind die Generäle?

In der Reichswehr waren die führenden Generäle häufig Mitglieder des preußischen Adels, der über Jahrhunderte jeder Art des gesellschaftlichen Wandels feindlich gesonnen war. Als nach 1955 die Bundeswehr aufgebaut wurde, wurden die führenden Generäle ausnahmslos aus den Reihen der hitlerschen Reichswehr geholt. So ist die Tradition des alten "Korpsgeistes" im Generalstab bis auf den heutigen Tag erhalten. Ein General, der seine eigene Meinung äußert, wie der ehemalige General Bastian (später für die Grünen im Bundestag), und diese dann auch noch kritisch gegen das vorherrschende Feindbild von der

"kommunistischen Bedrohung" richtet, wird sofort entlassen.

Als 1920 in Berlin einige rechte Truppenteile unter dem General Kapp einen Putschversuch gegen die sozialdemokratische Regierung unternahmen, rief diese die Führung der Reichswehr zur Hilfe, um den Putsch niederzuschlagen. Der Oberbefehlshaber der Reichswehr von Seeckt sagte nur: "Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr."

Mehr als alle papiernen Verfassungen und Gesetze zeigt dieser Ausspruch, daß die Generalität zuerst und immer auf die Einheit ihrer Truppen unter ihrer Führung achtet, auch wenn sie diese in offenen Widerspruch zu den Befehlen der gewählten Regierung bringt.

Ein Putsch gegen eine linke Regierung, wie der des General Kapp von 1920 kann sich heute in Deutschland wiederholen, weil die Armee noch immer nach den gleichen Prinzipien des blinden Gehorsams aufgebaut ist und noch immer der gleiche konservative reaktionäre Korpsgeist in der führenden Generalität herrscht.

Aber bevor es zu einem militärischen Sturz der Regierung kommt, gibt es noch genügend "gesetzliche" Möglichkeiten, die Pläne einer linken Regierung zu durchkreuzen. Wenn solch eine Regierung gewählt würde, würden die Unternehmer zu massiver wirtschaftlicher Sabotage greifen. Bei dem Versuch der Regierung, dagegen mit gesetzlichen Mitteln vorzugehen, würde sie feststellen, daß ihr die Hände gebunden sind.

Der Bundesrat würde sich weigern, derartige Gesetze zu unterzeichnen und die Verabschiedung so lange wie möglich hinauszögern. Das Bundesverfassungsgericht würde sie als nicht verfassungsgemäß zurückweisen. Von dieser Möglichkeit hat dieses Gericht unter der SPD/FDP-Regierung mehrere Male Gebrauch gemacht: Eine Entscheidung des BVerfG richtete sich gegen die Reform des § 218 (Abtreibung) und hatte zur Folge, daß die Reform nochmal verwässert wurde. Ein anderer Richterspruch des BVerfG brachte die Wiedereinführung der mündlichen Gewissensprüfung von Wehrdienstverweigerern, nachdem das Gesetz zu ihrer Abschaffung für verfassungswidrig erklärt worden war.

Aber selbst wenn solch ein Gesetz verabschiedet würde, würden die Richter das Gesetz so auslegen, daß es wirkungslos wird. Die Chefs der Geheimdienste, Generäle, Polizeichefs würden diese Entscheidung als Rechtfertigung benutzen, die Anweisungen der Minister nicht auszuführen. Sie würden von der gesamten Presse unterstützt, die der Regierung "illegales", "verfassungswidriges" Vorgehen vorwerfen würde. Dann würden die Generäle dieses Argument benutzen, um Vorbereitungen zum Sturz einer "illegalen" Regierung zu treffen.

Die Regierung wäre machtlos, das ökonomische Chaos in den Griff zu bekommen - es sei denn, sie würde wirklich verfassungswidrig handeln und die einfachen Geheimdienstleute, Polizisten und Soldaten aufrufen, sich gegen ihre Chefs zu stellen.

Sollte irgendwer meinen, das alles sei wilde Phantasie: genau das spielte sich in Großbritannien 1912 ab. Das Unterhaus verabschiedete ein Gesetz, um eine von Großbritannien unabhängige Regierung für ein vereintes Irland vorzubereiten. Der Führer der konservativen Torypartei verleumdete sofort die (liberale!) Regierung als illegale "Junta", die die Verfassung "ausverkauft" habe. Das Oberhaus verzögerte das Gesetz solange es konnte (zwei Jahre), während ein ehemaliger Toryminister paramilitärische Truppen in Nord-Irland organisierte, um gegen das Gesetz Widerstand zu leisten. Als die kommandierenden britischen Generäle in Irland aufgefordert wurden, ihre Truppen in den Norden zu verlegen, weigerten sie sich. Wegen dieser Ereignisse ist Irland heute noch geteilt.

Wenn das bereits unter einer liberalen Regierung geschehen konnte, ist es leicht vorstellbar, was unter einer militanten sozialistischen Regierung ablaufen wird.

Jede ernsthafte reformistische Regierung sähe sich sehr schnell vor die Alternative gestellt: Entweder sie gibt die Reformen auf, um jene Kräfte zu beschwichtigen, die über die Industrie und die Schlüsselpositionen im Staat verfügen, oder sie bereitet sich auf die totale Konfrontation vor, was in jedem Fall den Einsatz von Gewalt gegen jene bedeuten müßte, die bisher über die Machtpositionen verfügen.

Ein dritter Grund für das unweigerliche Scheitern des Reformismus liegt in der Arbeitsweise des Parlamentarismus selbst, die verhindert, daß sich eine revolutionäre Massenbewegung im Parlament ausdrücken kann.

Die Mehrheit der Menschen wird erst dann glauben, die Gesellschaft selbst in ihre Hand nehmen zu können, wenn sie beginnen, die Gesellschaft praktisch, durch ihren Kampf, zu verändern. Wenn Millionen Menschen ihre Fabriken besetzen oder an einen Generalstreik teilnehmen, erscheinen die Ideen des revolutionären

Sozialismus plötzlich realistisch.

Aber ein derartig hohes Niveau der Kämpfe kann nicht unbegrenzt andauern, es sei denn, die alte herrschende Klasse wird ihrer Macht beraubt. Wenn diese weiterbesteht, wird die herrschende Klasse abwarten, bis die Besetzungen und Streiks abflauen, um dann ihre Kontrolle über Armee und Polizei zu benutzen, um den Kampf niederzuschlagen.

Und wenn Streiks und Besetzungen erst einmal abflauen, ist auch die Einheit und das Selbstvertrauen der Arbeiter bedroht. Enttäuschung und Verbitterung machen sich breit. Selbst die Besten fragen sich nun, ob die Veränderung der Gesellschaft nicht doch nur ein schöner Traum war.

Das ist auch der Grund, warum die Unternehmerverbände so begierig auf "Schlichtungsabkommen" mit den Gewerkschaften sind, die alleine dazu dienen, eine Phase der "Abkühlung" durch ein Ritual von Verhandlungen vor einen Streikbeschuß zu stellen. Während dieser Phase haben sie alle Möglichkeiten, über das Fernsehen und die Presse die Arbeiter zu beeinflussen.

Das parlamentarische Wahlsystem sieht ebenfalls solche "Abkühlungsphasen" und "Schlichtungsvereinbarungen" vor. Wenn sich eine Regierung durch Massenstreiks in die Knie gezwungen sieht, wird sie beispielsweise sagen: »OK, warten wir die nächsten Bundestagswahlen ab, da kann die strittige Frage demokratisch entschieden werden.« Sie hofft natürlich, daß der Streik bis dahin längst vergessen ist und mit ihm das Selbstvertrauen und die Einheit der Arbeiter.

Inzwischen werden Fernsehen, Presse und Polizei wieder ihre normale Funktion übernehmen können und die Polizei kann einige "Rädelsführer" festnehmen.

Wenn dann die Wahl endlich stattfindet, wird das Ergebnis nicht mehr die Stimmung vom Höhepunkt der Streikbewegung widerspiegeln, sondern von ihrem Tiefpunkt nach dem Streik.

In Frankreich setzte die Regierung des Generals de Gaulle 1968 die Wahlen genau mit diesem Ziel ein. Die reformistischen Parteien forderten die Arbeiter auf, ihren Generalstreik, an dem 10 Millionen Arbeiter teilnahmen, zu beenden - und de Gaulle gewann die Wahl.

Der britische Premierminister Edward Heath versuchte den gleichen Trick, als seine Regierung mit einem Massenstreik der Bergarbeiter konfrontiert war. Die Bergarbeiter ließen sich nicht täuschen. Sie setzten ihren Streik auch nach der Ausschreibung von Neuwahlen fort und Heath verlor die Wahl.

Wenn die Arbeiter hoffen, ihre zentralen Forderungen durch Wahlen für sich zu entscheiden, werden sie nie zu ihrem Ziel kommen.

Der Arbeiterstaat

Marx entwickelte in seiner Schrift "Bürgerkrieg in Frankreich" eine ganz andere Perspektive für den Sieg des Sozialismus. Ebenso Lenin in seiner Broschüre "Staat und Revolution".

Beide gewannen ihre Einsichten aus der Beobachtung von Aktionen der Arbeiterklasse. Marx erlebte die Pariser Kommune, Lenin die russischen Sowjets (Arbeiterräte) von 1905 und 1917.

Aber Marx und Lenin bestanden darauf, daß die Arbeiterklasse zuerst den alten Staat mit seinen bürokratischen Befehlsketten zerstören könne.

Lenin unterstrich den Unterschied des alten zum neuen Staat, indem er ihn den "Kommune-Staat" nannte, ein "Staat, der kein Staat ist".

Dieser neue Staat sei notwendig, sagten Marx und Lenin, weil die Arbeiterklasse ihre Gesetze und Ziele gegen die frühere herrschende Klasse durchsetzen müsse. Marx nannte diesen Staat deshalb auch die Diktatur des Proletariats, die Arbeiterklasse müsse diktieren, wie die Gesellschaft organisiert werden solle. Sie müsse ihre Revolution auch gegen Angriffe der herrschenden Klasse aus anderen Teilen der Welt verteidigen.

Um diese beiden Aufgaben erfüllen zu können, brauche sie bewaffnete Streitkräfte und eine Art Polizei sowie Gerichte und sogar Gefängnisse. Aber wenn die neue Armee und Polizei sowie das Rechtssystem wirklich unter Kontrolle der Arbeiter bleiben und sich nie gegen sie wenden sollten, dann müßten die Herrschaftsinstrumente der Arbeiterklasse nach ganz anderen Prinzipien aufgebaut werden als der kapitalistische Staat.

Diese Herrschaftsinstrumente sollten keine Diktatur gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse ermöglichen, sondern sollten es der Mehrheit der Bevölkerung, nämlich der Arbeiterklasse, ermöglichen, der ganzen Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Die Hauptunterschiede zum kapitalistischen Staat sind folgende:

Der kapitalistische Staat dient den Interessen einer kleinen Minderheit der Gesellschaft. Der Arbeiterstaat muß den Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung Ausdruck geben. Gewalt wird im kapitalistischen Staat von einer kleinen Minderheit gekaufter Killer ausgeübt, die vom Rest der Gesellschaft abgekapselt lebt und trainiert wird, den Befehlen bürgerlicher Offiziere zu gehorchen. Aber in einem Arbeiterstaat wäre Gewalt nur notwendig, damit sich die Arbeiterklasse vor antisozialen Aktionen der Reste der alten privilegierten Klassen schützen kann.

Soldaten- und Polizeiaufgaben können im Arbeiterstaat von normalen Arbeitern ausgeübt werden, die zusammen mit anderen Arbeitern arbeiten und leben und deren Ideen teilen.

Um sicherzustellen, daß niemals Gruppen von Soldaten und Polizisten eigene Interessen gegen die der Masse der Arbeiter entwickeln, sollten die "Soldaten" und "Polizisten" gewöhnliche Fabrikarbeiter und Verwaltungsangestellte sein, die nach einem Rotationssystem abwechselnd diese Aufgabe wahrnehmen. Die bewaffneten Streitkräfte und die Polizeitruppen würden von gewählten und abwählbaren Offizieren der Arbeiterklasse angeführt.

Parlamentarier und Stadträte eines kapitalistischen Staates verabschieden Gesetze und Verordnungen, überlassen deren Anwendung und Durchsetzung dann aber den hauptamtlichen Bürokraten - dem Polizeipräsidenten, Richter usw. Das bedeutet, daß die Abgeordneten stets Millionen Entschuldigungen haben, wenn ihre politischen Versprechungen nicht erfüllt werden.

Die Delegierten in einem Arbeiterstaat, die Räte, müßten sich selbst um die Umsetzung ihrer Gesetze kümmern. Sie selbst und nicht eine Elite von Spitzenbürokraten müßten den Arbeitern der öffentlichen Verwaltungen, der Armee usw. erklären, wie die Beschlüsse zu verwirklichen und anzuwenden sind. Und gewählte Arbeiterdelegierte hätten die Gesetze in den Gerichten zu interpretieren.

Die Parlamentarier in einem kapitalistischen Staat sind von ihren Wählern allein durch ihre hohen Gehälter getrennt. In einem Arbeiterstaat bekämen die Delegierten nicht mehr als den durchschnittlichen Arbeiterlohn. Das gleiche gilt für alle hauptamtlichen Funktionäre in der Armee, Polizei und den Verwaltungen.

Vor allem aber unterscheiden sich die Räte von den Parlamentariern durch die Art der Wahl selbst. Parlamentsabgeordnete werden von allen Menschen eines Wahlbezirks gewählt: von Reichen, von Mittelständlern, von Arbeitern, von Hausbesitzern und Spekulanten und auch von Mietern.

In einem Arbeiterstaat würden die Abgeordneten nur von der Arbeiterklasse gewählt. Der Kern des Arbeiterstaates bestünde somit aus Arbeiterräten, deren Wahlbezirke nicht eine Region oder ein geographischer Kreis wären, sondern die Fabriken, die Bergwerke, die Häfen, die großen Verwaltungsbetriebe. In den Arbeiterräten wären auch die großen gesellschaftlichen Gruppen wie die Hausfrauen, die Rentner, Studenten und Schüler vertreten. Wichtige Beschlüsse würden erst nach öffentlicher Debatte über die anstehenden Fragen gefällt.

Auf diese Weise hätte jeder Teil der Arbeiterklasse seine eigenen Vertreter und könnte unmittelbar selbst beurteilen, ob diese sich für ihre Interessen einsetzen.

Alle Arbeiterdelegierten und alle, die die Entscheidungen der Arbeiter umzusetzen haben, wären nicht - wie die Mitglieder des Bundestages - auf vier Jahre gewählt und in dieser Zeit unantastbar. Sie müßten sich mindestens jährlich zur Wiederwahl stellen und wären auch zwischen den ordentlichen Wahlen jederzeit abwählbar, wenn sie die Wünsche ihrer Wähler nicht erfüllen.

Auf diese Weise könnte sich der Staat auch nicht zu einer besonderen Macht über und gegen die Mehrheit der Arbeiterklasse entwickeln, wie das in sogenannten kommunistischen Ländern heute der Fall ist.

Gleichzeitig sind die Arbeiterräte das Mittel, um die Umsetzung der demokratisch entschiedenen nationalen Wirtschaftspläne zu diskutieren und koordinieren. Nur so können sie verhindern, daß die einzelnen Fabriken in Konkurrenz gegeneinander geraten.

Es ist leicht einzusehen, daß gerade die Computer-Technik den Arbeitern rasch alle wichtigen Informationen über die verschiedenen wirtschaftlichen Möglichkeiten liefern kann; mit Hilfe solcher Informationstechniken können sie sich über die möglichen Alternativen klar werden und entsprechend ihren Abgeordneten Aufträge geben und deren Beschlüsse nachvollziehen.

Sie können selbst entscheiden, was der beste Einsatz des wirtschaftlichen Reichtums im Interesse der Arbeiterklasse ist - für Atomkraftwerke z.B. oder die Verwendung anderer Energiequellen, für ein neues Überschallflugzeug oder für den Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme in den Ballungszentren, für

Atomraketen oder mehr künstliche Nieren.

Das Absterben des Arbeiterstaates

Der Arbeiterstaat unterscheidet sich vom kapitalistischen Staat nicht nur in seinem Aufbau. Weil die Staatsmacht eines Arbeiterstaates nicht von den Arbeitern losgelöst ist, ist sie auch wesentlich weniger gewaltsam als im Kapitalismus.

In gleichem Maße wie die Überreste der alten Gesellschaft, gegen die sich die Gewalt des Arbeiterstaates richtete, vor dem Erfolg der Revolution kapitulieren und in dem Maße, wie die herrschenden Klassen im Ausland von der Revolution gestürzt werden, nähme auch die Notwendigkeit ab, Gewalt anzuwenden, bis die Arbeiter schließlich nicht länger ihre Arbeit gegen Polizei- und Armeefunktionen aufgeben müssen.

Diesen Prozeß nannten Marx und Lenin das Absterben des Staates. Statt Gewalt gegen Menschen auszuüben, würde dann der Staat sich darauf beschränken, die Beschlüsse der Arbeiterräte über die Produktion und Verteilung der Güter umzusetzen.

Arbeiterräte sind immer dann entstanden, wenn sich der Klassenkampf im Kapitalismus zuspitzte. Die russischen Arbeiter nannten ihre Räte von 1905 und 1917 Sowjets.

In Deutschland waren die Arbeiterräte 1918 für einen kurzen Augenblick die einzige Macht im Land. In Spanien schlossen sich 1936 die verschiedenen Arbeiterparteien und Gewerkschaften zu Milizkomitees zusammen, die die Verwaltung in den Gemeinden ausübten und den Arbeiterräten sehr ähnlich waren.

In Ungarn wählten die Arbeiter 1956 während ihres Kampfes gegen russische Truppen Räte, deren Aufgabe es war, die Fabriken und Gemeinden zu verwalten. 1972-73 bildeten die Arbeiter in Chile Cordones, Arbeiterkomitees, die die großen Fabriken miteinander verbanden.

Die Arbeiterräte sind nicht von vornherein Organe des Arbeiterstaates. Sie sind bei ihrer Entstehung oft nur Organisationen der Arbeiter im Kampf gegen den Kapitalismus. Ein Arbeiterrat mag zu Beginn sehr beschränkte Aufgaben wahrnehmen, wie zum Beispiel das Sammeln von Streikgeldern. Aber weil diese Art der Organisation direkt von den Arbeitern gewählt wird und die gewählten Vertreter jederzeit abwählbar sind, können sie auf dem Höhepunkt des Kampfes die gesamte Arbeiterklasse zusammenschließen. Sie können den Grundstein für die zukünftige Arbeitermacht legen.

Kap. 9: Wie Arbeiter Revolutionäre werden

Wenn man heute auf der Straße Arbeiter anspräche und fragte, ob sie eine Revolution wollten, würden sie einen für verrückt erklären oder zumindest mit Entsetzen reagieren. Diese Gleichgültigkeit oder gar Feindschaft der Arbeiter gegenüber dem revolutionären Sozialismus überrascht nicht.

Wir wurden alle in einer kapitalistischen Gesellschaft erzogen. In dieser Gesellschaft gilt es als selbstverständlich, daß die Menschen sich egoistisch verhalten. Presse und Fernsehen verbreiten ständig, daß nur eine auserlesene Minderheit dazu in der Lage ist, wichtige politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu fällen.

Vom ersten Schultag an wird Arbeiterkindern beigebracht, daß sie den Befehlen ihrer Eltern und Vorgesetzten zu gehorchen haben.

»Die herrschenden Ideen sind die Ideen der herrschenden Klasse«, schrieb Marx. Die große Mehrheit der Arbeiter stellt sie gar nicht in Frage.

Aber trotzdem ist es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder zu revolutionären Bewegungen der Arbeiterklasse gekommen: In Frankreich 1871, Rußland 1917, Deutschland und Ungarn 1918, Italien 1920, Spanien und Frankreich 1936, Frankreich 1968, Chile 1972 - 73, Portugal 1975, Iran 1979, Polen 1980/81.

Diese Erhebungen entstehen aus dem Kapitalismus selbst. Denn der Kapitalismus ist eine krisenanfällige Gesellschaft. Auf Dauer ist er nicht in der Lage, Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle zu garantieren. Er kann uns den Lebensstandard von heute nicht gegen die Krisen von morgen sichern, auch wenn die Arbeiter während der Hochkonjunktur daran glauben.

So haben sich die deutschen Arbeiter in den 50er und 60er Jahren und bis Mitte der 70er Jahre daran gewöhnt, daß die Vollbeschäftigung im großen und ganzen gesichert war, daß Sozialleistungen und der persönliche Lebensstandard langsam aber stetig verbessert werden konnten. Die kurze Rezession von 1967 hatte diese Erwartung nicht wesentlich erschüttern können.

Aber seit 1974 wuchs das Heer der Arbeitslosen auf Millionen an. Der Lebensstandard sinkt. SPD- und CDU-Regierungen zerfetzen das "soziale Netz".

Weil es eine Art täglicher Gehirnwäsche gibt, werden einige dieser Einschränkungen und Angriffe auf den Lebensstandard als "notwendig" hingenommen. Aber das hat Grenzen.

Es gibt einen Punkt, an dem die Arbeiter das nicht mehr akzeptieren. Plötzlich - meist wenn es niemand erwartet - bricht ihr Ärger in Aktionen gegen die Unternehmer oder die Regierung aus. Es kommt zu Demonstrationen oder Streiks.

Dann fangen Arbeiter an, all jene kapitalistischen Ideen und Normen in Frage zu stellen, die sie bis dahin bejaht hatten. Sie beginnen, Solidarität zu zeigen, sie handeln als Klasse und im Gegensatz zu den Vertretern der kapitalistischen Klasse.

Die Ideen des revolutionären Sozialismus, die sie bis dahin verworfen hatten, scheinen nun plötzlich mit ihren eigenen Aktionen übereinzustimmen. Einige Arbeiter beginnen, sich mit solchen Ideen ernsthaft auseinanderzusetzen - vorausgesetzt, daß diese Ideen auch greifbar sind.

Das Ausmaß, mit dem das geschieht, hängt vom Ausmaß der Kämpfe ab, nicht von den Ideen, die ursprünglich in den Köpfen der beteiligten Arbeiter herumspukten. Der Kapitalismus zwingt die Arbeiter zur Gegenwehr, selbst wenn sie diese Gegenwehr auf der Grundlage ihrer prokapitalistischen Ideen beginnen.

Die kapitalistische Macht beruht auf zwei Säulen - der Kontrolle über die Produktionsmittel und der Kontrolle über den Staat. Eine wirklich revolutionäre Bewegung beginnt, wenn der Kampf der Masse der Arbeiter für ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen mit diesen beiden Säulen des Kapitalismus zusammenstößt.

Nehmen wir als Beispiel eine Gruppe von Arbeitern, die seit Jahren in der gleichen Fabrik arbeiten.

Ihr gesamtes Leben ist von der Arbeit in dieser Fabrik geprägt. Eines Tages verkündet der Unternehmer, daß der Betrieb geschlossen werden soll. Selbst die CDU-Wähler in der Fabrik sind schockiert und wollen etwas gegen die Stilllegung unternehmen. In der Verzweiflung beschließen sie, die Fabrik zu besetzen, weil das der einzige Weg zu sein scheint, das Leben weiterzuführen, das ihnen der Kapitalismus versprochen hatte. Mit diesem Schritt haben sie aber schon die Kontrolle des Unternehmers über die Produktionsmittel in Frage gestellt.

Es dauert nicht lange, und sie werden im Konflikt mit der Staatsmacht sein, weil der Unternehmer die Polizei ruft, die ihm "sein" Eigentum zurückgeben soll.

Auf diese Weise schafft der Kapitalismus selbst die Bedingungen für den Klassenkonflikt, durch den die Arbeiter zu Ideen kommen, die sich gegen den Kapitalismus richten. Deshalb ist die Geschichte des Kapitalismus auch eine Geschichte wiederkehrender Aufschwünge von revolutionären Ideen unter Millionen von Arbeitern, obwohl sie für lange Zeit die Ideen, mit denen das System sie täglich füttert, akzeptieren.

Eines der größten Hindernisse auf dem Weg zu revolutionären Ideen ist allerdings das Gefühl, daß man ja von den anderen Arbeitern allein gelassen werde. Deshalb sei das Risiko zu groß, irgendetwas zu unternehmen.

Wenn sie aber herausfinden, daß andere Arbeiter etwas unternehmen, verlieren sie plötzlich ihre Gleichgültigkeit, ein wichtiger Grund, warum die bürgerliche Presse kaum oder nur oberflächlich darüber berichtet.

Arbeiter, die jahrelang von ihrer Unfähigkeit, die Gesellschaft zu leiten, überzeugt waren, machen im Verlauf von Kämpfen die Erfahrung, daß sie gegen die bestehende Gesellschaft bereits die Organisation und Führung wichtiger Teile der Gesellschaft ausüben.

Aus diesem Grund entwickeln sich revolutionäre Bewegungen, wenn sie erst einmal begonnen haben, mit erstaunlicher Geschwindigkeit wie ein Schneeball zur Lawine.

Kap. 10: Die revolutionäre Partei

Der Dreh- und Angelpunkt des Marxismus ist, daß die Entwicklung des Kapitalismus selbst die Arbeiter dazu treibt, gegen das System zu revoltieren.

Wenn solche Revolten beginnen - sei es als Massendemonstrationen, als bewaffneter Aufstand oder auch nur als große Streikwelle - entwickelt sich das Bewußtsein der Arbeiterklasse mit erstaunlichem Tempo. Die

ganze geistige Energie, die die Arbeiter bis dahin auf hundertundeine Weise verplempert hatten - angefangen mit Fußball über die Bildzeitung bis zum Fernsehen - richten sie plötzlich auf das eine Ziel: wie man die Gesellschaft verändern kann. Millionen Menschen, die sich diesem Problem zuwenden, bringen dann Lösungen hervor, die nicht nur die herrschende Klasse, sondern oftmals auch "gestandene" Revolutionäre verblüffen.

So wuchs in der ersten russischen Revolution 1905 eine völlig neue Form von Arbeiterorganisation heran - der Sowjet oder Arbeiterrat aus einem Streikkomitee, das während eines Druckerstreiks gebildet worden war. Zunächst begegneten sogar die Entschlossensten unter den revolutionären Sozialisten, die Bolschewiki, den Sowjets mit Mißtrauen. Sie glaubten nicht, daß die bis dahin unpolitischen Arbeiter plötzlich in der Lage sein sollten, wirklich revolutionäre Kampforgane hervorzubringen.

Ähnliche Erfahrungen kann man in vielen Streiks machen. Die etablierten Vertreter sehen sich überrascht, wenn Arbeiter, die bis dahin "rechts" von ihnen standen und ihre Ratschläge in den Wind schlugen, plötzlich selbst kämpferische Aktionen entwickeln.

Diese Spontaneität ist absolut wichtig.

Aber es ist falsch, daraus den Schluß zu ziehen - wie es die Anarchisten und Spontis tun - daß diese Spontaneität eine revolutionäre Partei überflüssig mache.

In einer revolutionären Situation ändern Millionen Arbeiter ihre Ansichten unglaublich schnell. Aber sie ändern nicht alle ihre Ideen auf einen Schlag. In jedem Streik, jeder Demonstration, jedem bewaffneten Aufstand gibt es wiederkehrende Argumente. Einige Arbeiter sehen ihre Aktionen als Auftakt zur Revolution, andere kämpfen nur halbherzig mit, weil sie meinen, daß ihre Aktionen die "natürliche Ordnung" stört. In der Mitte steht die Masse der Arbeiter, die zwischen beiden Vorstellungen schwankt.

Auf der einen Seite wird die herrschende Klasse ihre ganze Propagandaindustrie, Zeitungen, Fernsehen und Radio benutzen, um die Aktionen der Arbeiter zu verleumdern. Sie wird darüber hinaus ihre bewaffnete Gewalt einsetzen, von der Polizei und Armee bis hin zu faschistischen Organisationen, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Auf der Seite der Arbeiter muß es dann eine Organisation von Sozialisten geben, die die Lehren aus den vergangenen Klassenkämpfen in die Gegenwart einbringen können, die die Argumente für den Sozialismus in die Waagschale werfen können. Es muß eine Organisation geben, die die wachsenden Erfahrungen der Arbeiter im Kampf zusammenbringt, damit es eine einheitliche Aktion zur Änderung der Gesellschaft gibt.

Und diese revolutionäre sozialistische Partei muß vorhanden sein, noch bevor der Kampf beginnt, denn diese Art der Organisation entsteht nicht spontan. Die Partei entsteht durch eine ständige Erprobung von sozialistischen Ideen und Erkenntnissen auf der "Teststrecke" der täglichen Klassenauseinandersetzungen.

Es reicht nicht aus, die Gesellschaft zu verstehen. Nur durch die Anwendung solcher Ideen und Theorien im täglichen Klassenkampf, in Streiks, Demonstrationen und Kampagnen werden die Arbeiter sich ihrer Stärke bewußt, etwas verändern zu können, und daraus das nötige Selbstbewußtsein entwickeln.

An bestimmten Wendepunkten kann das Eingreifen einer sozialistischen Partei entscheidend sein, kann sie das Kräftegleichgewicht umkippen lassen zugunsten der revolutionären Machtübernahme durch die Arbeiter, zugunsten einer sozialistischen Gesellschaft.

Die revolutionäre sozialistische Partei muß demokratisch sein. Um ihre Rolle erfüllen zu können, muß die Partei ständig in Kontakt mit dem Klassenkampf stehen, und das heißt, in Kontakt mit ihren eigenen Mitgliedern und Anhängern in den Betrieben, wo die Kämpfe stattfinden. Sie muß demokratisch sein, damit ihre Führung stets die gemeinsamen Erfahrungen des Kampfes aufnehmen kann.

Gleichzeitig ist diese Demokratie nicht einfach ein Wahlsystem, sondern eine ständige Auseinandersetzung innerhalb der Partei - eine ständige Wechselwirkung zwischen den sozialistischen Ideen der Partei und den Erfahrungen des Klassenkampfes.

Aber die revolutionäre Partei muß auch zentralistisch sein, weil sie eine aktive Partei ist und kein Diskussionsclub. Sie muß fähig sein, geschlossen in den Klassenkampf einzugreifen und schnell zu reagieren. Deshalb braucht sie eine Führung, die die täglichen Entscheidungen im Namen der Partei treffen kann.

Wenn die Regierung z.B. die Verhaftung von Streikposten anordnet, muß die Partei sofort reagieren, ohne Konferenzen einberufen zu müssen, um erst einmal demokratische Entscheidungen zu fällen. Die Parteiführung entscheidet zunächst und auf dieser Grundlage handeln die Parteimitglieder. Die Demokratie

kommt danach ins Spiel, wenn die Partei diskutiert, ob die Entscheidung richtig war oder nicht - und möglicherweise die Führung auswechselt.

Die revolutionäre Partei muß ein ausgewogenes Verhältnis von Demokratie und Zentralismus finden. Der Ausgangspunkt ist, daß die Partei kein Selbstzweck ist, sondern ein Mittel, um den revolutionären Wandel zum Sozialismus zu organisieren - und das kann nur durch Klassenkampf erreicht werden.

Deshalb muß sich die Partei ständig den Kämpfen selbst anpassen. Wenn die Kämpfe schwach sind und nur wenig Arbeiter an die Möglichkeit einer revolutionären Veränderung glauben, dann wird die Partei auch klein sein - es sei denn, sie verwässert ihre eigenen politischen Ideen, um mehr Mitglieder zu gewinnen. Aber wenn es zu einem Aufschwung von Klassenkämpfen kommt, ändern viele Arbeiter ihre Ansichten sehr schnell, weil sie im Kampf ihre Stärke erfahren - dann muß die Partei in der Lage sein, ihre Türen zu öffnen. Gelingt es der Partei in einer solchen Situation nicht, rasch zu wachsen, wird sie in der Isolation bleiben.

Die Partei kann die Arbeiterklasse nicht ersetzen. Sie muß Teil des Klassenkampfes sein und ständig versuchen, die klassenbewußtesten Arbeiter zusammenzubringen, um so eine Führung für den Kampf herzustellen. Die Partei kann der Arbeiterklasse auch nicht befehlen. Sie kann sich nicht einfach zur Führung erklären, sondern muß diese Position erringen, indem sie die Richtigkeit ihrer Ideen in der Praxis beweist - vom kleinsten Streik bis zur Revolution.

Einige Leute meinen, daß die revolutionäre Partei ein Vorläufer des Sozialismus sei. Das ist völlig falsch. Sozialismus kann nur entstehen, wenn die Arbeiterklasse die Kontrolle über die Produktionsmittel übernimmt und diese einsetzt, um die Gesellschaft zu verändern.

Wir können keine sozialistische Insel im Meer des Kapitalismus sein. Versuche von kleinen Gruppen von Sozialisten, sich diesem Meer zu entziehen und ein Leben entsprechend den sozialistischen Ideen zu führen, sind auf Dauer alle gescheitert - denn der wirtschaftliche und ideologische Druck bleibt. Solche kleinen Gruppen versuchen, sich vom Kapitalismus zu isolieren und isolieren sich gleichzeitig von der Arbeiterklasse, die als einzige den Sozialismus erkämpfen kann.

Sozialisten kämpfen selbstverständlich täglich gegen die erniedrigenden Auswirkungen des Kapitalismus, gegen Rassismus, Sexismus, Ausbeutung, Brutalität. Aber wir können das nur, wenn wir uns auf die Stärke der Arbeiterklasse stützen.

Alex Callinicos:

Reformieren? Umgehen? Stürzen?

Die Linke und der Staat

Okt. 2003

Wie gehen wir mit dem Staat um? Innerhalb der antikapitalistischen Bewegung sind zwei Herangehensweisen üblich. Die erste betrachtet den Staat als möglichen Verbündeten, der dem Kapital Kontrollen auferlegen und das System menschlich gestalten kann. Solch eine Vorstellung liegt indirekt der Forderung nach einer Tobinsteuer auf internationale Finanztransaktionen zugrunde, die der Ausgangspunkt für Attac in Frankreich und seine Ableger in anderen europäischen Ländern ist.

Reformismus: Der Staat als Verbündeter

Für diesen, allgemein gesprochen, reformistischen Flügel der Bewegung sind die Regierungsübernahmen durch linke Parteien in Lateinamerika – vor allem die Wahl des brasilianischen Präsidenten Lula, Führers der Arbeiterpartei (PT) – ein Wendepunkt. „Viva Brasilien!“ lautete die Schlagzeile der Januarausgabe von *Le Monde diplomatique*, der linken Pariser Monatszeitung, die Attac gründete. Obwohl Walden Bello von der Initiative Focus on the Global South in seinen Schriften etwas vorsichtiger war, formulierte er auf einer Veranstaltung in London im November 2002 bedingte Unterstützung für Lulas Festlegung auf das vom IWF auferlegte Wirtschaftsprogramm, das von Brasiliens Regierung fordert, innerhalb ihres ersten Amtsjahrs einen Haushaltsüberschuss von 3,75% des Nationaleinkommens zu erzielen.

Es gibt weitere Parallelen zwischen Lula und New Labour. Zum Beispiel beabsichtigt Lulas Regierung, der Zentralbank Autonomie zu gewähren – eine neoliberale Standardmaßnahme, die natürlich Gordon Browns erste Handlung war, als er im Mai 1997 sein Amt antrat.

Lula hat diese Maßnahmen damit gerechtfertigt, dass er eine „Übergangsregierung“ führe – er wolle den Neoliberalismus aufgeben, aber anfangs müsse er Kompromisse machen. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Verpflichtungen, die er einging, seine Regierung in demselben neoliberalen Gefängnis einschließen wird, das den ANC in Südafrika seit dem Ende der Apartheid 1994 gehindert hat, seine Versprechungen auf einen Wirtschaftsaufbau zugunsten der Mehrheit einzulösen.

Hinter diesem Muster steht natürlich die Wirtschaftsmacht des internationalen Kapitalismus. In den Monaten vor der Präsidentenwahl im Herbst 2002 ließ sich Lula wegen des stetigen Wertverfalls des brasilianischen Real auf dem internationalen Währungsmarkt ein Zugeständnis nach dem anderen abpressen. Während in der Vergangenheit sozialdemokratische Regierungen unter den Folgen von Kapitalflucht und Währungskrisen nachgaben, reicht heute schon die Furcht vor solchem Druck, um die gegenwärtige linke Mitte zur Unterwerfung unter den „Washingtonkonsens“ zu bewegen – sogar noch ehe sie im Amt ist.

Sollten Reformisten angesichts dieser Angriffe ausnahmsweise standhaft bleiben, gibt es andere Mittel, sie zu stoppen. Die Rebellion der Reichen gegen Hugo Chávez' radikales nationalistisches Regime in Venezuela ist ein Beispiel für die Art Kräfte, die gegen eine linke Regierung eingesetzt werden können, die an ihrem Kurs festhalten will. Und im September 2003 war der 30. Jahrestag des Militärputschs, durch welchen Salvador Allendes Volksfrontregierung in Chile zerstört wurde.

Die neuere historische Erfahrung bestätigt so das Urteil, das vor langer Zeit von Marx und Lenin gefällt wurde, dass der Staat nicht einfach als Instrument des sozialen Wandels benutzt werden kann. Er ist Teil des kapitalistischen Systems, kein Mittel, es zu verändern. Der wirtschaftliche Druck des internationalen Kapitals – der sich besonders in den Geldbewegungen quer über den Globus zeigt – treibt Staaten dazu, die Kapitalakkumulation zu fördern. Zudem existiert im Inneren des Staates ein fester bürokratischer Apparat, dessen Hauptzweck in der Kontrolle der Zwangsmittel besteht – Streitkräfte, Polizei und Geheimdienste –, die letztlich nicht den gewählten Regierungen treu sind, sondern der nicht gewählten herrschenden Klasse.

Das heißt nicht, dass es Bewegungen gleichgültig sein sollte, welche Regierung im Amt ist. Lulas Regierung z.B. bildet einen schwierigen Kompromiss zwischen dem Druck des globalen Kapitalismus und der Massenbasis der PT, den sozialen Bewegungen, besonders der organisierten industriellen und landlosen Arbeiterschaft. Der Krieg gegen den Irak stellt Tony Blair vor eine ernsthaftere politische Krise als seine rechten Verbündeten Silvio Berlusconi in Italien und José María Aznar in Spanien, weil die Labour Party selbst unter seiner Führung noch immer eng mit der Linken verbunden ist, besonders durch ihre Verbindung zu den Gewerkschaften. Massenbewegungen sollten Druck ausüben und gerade an die Regierungen Forderungen richten, zu deren Bildung sie beigetragen haben, aber sie sollten ihre Unabhängigkeit bewahren.

Autonomismus: Die Macht umgehen

Dem Reformismus steht innerhalb der antikapitalistischen Bewegung eine scheinbar gegenteilige Position gegenüber, die es nicht nur ablehnt, sich auf den bestehenden Staat zu stützen, sondern auch das eigentliche Ziel, dem Kapital die Macht zu entreißen. Dies ist die Position, die der autonome Flügel der Bewegung einnimmt, dessen bekannteste Vertreter die italienischen disobbedienti (die „Ungehorsamen“) sind. Diese ließen sich teils von den Äußerungen des Zapatistenführers Subcomandante Marcos anregen.

Man mag diese Strategie als eine pragmatische Anpassung an das Schicksal der Zapatisten betrachten, deren Aufstand von 1994 in Chiapas, Südostmexiko, sehr schnell von der Bundesarmee eingekesselt wurde. Ihr Überleben hängt deshalb jetzt davon ab, den Druck der nationalen und internationalen Meinung zu nutzen, um den mexikanischen Staat von einem umfassenden Angriff auf die Guerilleros von Chiapas abzuhalten. Aber auch unter günstigeren Bedingungen lebende autonomistische Intellektuelle in anderen Gegenden der Welt vertreten eine ähnliche Verzichtspolitik.

Zum Beispiel sprach sich Toni Negri, Mitautor von Empire, nach dem 11. September 2001 in einem weit verbreiteten Interview für eine Strategie „des Exodus und der Desertion“ aus. Negri hat solch eine Politik schon lange befürwortet. Seine eigene Entwicklung zusammenfassend schrieb er Anfang der 80er Jahre in einem italienischen Gefängnis: „Macht wurde jetzt als fremde, feindliche Kraft innerhalb der Gesellschaft betrachtet, gegen die man sich verteidigen musste, deren ‚Eroberung‘ oder ‚Übernahme‘ aber keinen Nutzen bringen würde. Vielmehr ging es darum, sie einzuschränken, sie auf Distanz zu halten.“

Die umfassendste Version dieser Theorie entwickelte John Holloway, ein in Mexiko lebender britischer autonomistischer Marxist, in einem Buch, dessen Titel seine Theorie zusammenfasst: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Holloway vertritt eine extreme Form von Marx' Theorie des Warenfetischismus, nach der alle scheinbar objektiven Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft lediglich entfremdete Äußerungen menschlicher Aktivität sind, gestützt auf die Trennung von Subjekt und Objekt, oder wie Holloway es nennt: die Trennung des Tuns vom Getanen. Die Auflösung dieser fetischistischen Strukturen entfremdeter menschlicher Aktivität sei eine „Bewegung der Verneinung“, die Geltendmachung von „Antimacht“, wie Holloway es nennt. Er präsentiert dies in der Regel als die Freisetzung von Qualitäten, die der Kapitalismus verwehrt.

Das bringt uns zurück zu Negris Parolen, mit denen er alternative Formen gemeinschaftlicher Produktion im Rahmen kapitalistisch-ökonomischer Beziehungen befürwortet. In Argentinien bspw. wurden seine und Holloways Ideen benutzt, um die Vorstellung zu rechtfertigen, dass das kleine Netzwerk von Fabriken, die von ihren Bossen aufgegeben und von den Arbeitenden übernommen wurden, schon den Beginn einer neuen nachkapitalistischen Wirtschaft bedeute.

Andererseits erinnert sich Holloway hinreichend an Marx, um zu wissen, dass diese Strategie auf verhängnisvolle Weise fehlerhaft ist, da die meisten produktiven Ressourcen immer noch unter der Kontrolle des Kapitals verbleiben, das so die Bedingungen diktieren kann, auf deren Grundlage die Kooperativen Zugang zu Krediten und Märkten erhalten. „Solange die Tätigkeitsmittel [also die Produktionsmittel] in den Händen des Kapitals sind, wird die Tätigkeit gebrochen und gegen sich selbst gewendet. Der Enteigner muss tatsächlich enteignet werden.“

Geht es jedoch darum zu sagen, wie dies erreicht werden kann, ergeht Holloway sich in spekulativen Träumereien über die „Auflösung der Dinglichkeit des Getanen, seine (Re-)Integration in den sozialen Fluss des Tuns“. Dieser metaphysische Nebel kann nur aufgelöst werden, wenn man versteht, dass die Strukturen des Kapitalismus, selbst wenn deren Existenz und Reproduktion von menschlicher Arbeit abhängen, eine objektive Realität darstellen, die untersucht und verstanden werden muss, wenn wir diese Welt verändern

wollen.

Dabei ist die Analyse kein Selbstzweck. Im Gegenteil: die objektiven Strukturen des Kapitalismus müssen ernst genommen werden, um die Verdrehungen und Schwachpunkte entdecken zu können, die sie enthalten. Holloway trägt an verschiedenen Stellen das gute Gegenargument zu Negri vor, dass Kapital verletzlich ist, weil es von der Arbeit abhängt, durch die es geschaffen wird. Aber diese Einsichten vernünftig zu verfolgen, erfordert ein theoretisches und praktisches Engagement mit konkreten Formen von Arbeiterkampf und -organisation. Stattdessen erklärt Holloway, dass „wir nicht als Arbeiterklasse kämpfen, wir kämpfen dagegen, Arbeiterklasse zu sein, dagegen, klassifiziert zu werden“, als könne man die kapitalistischen Produktionsbeziehungen abschaffen, indem man so tut, als gäbe es sie nicht.

Revolution: Triumph der Demokratie

Dem Reformismus und Autonomismus ist Verzweiflung gemeinsam. Beide Strömungen teilen den Glauben, dass die Macht des Kapitals und seines Staates nicht gebrochen werden kann. Also müssen wir entweder versuchen, den kapitalistischen Staat als wohlwollenden Vermittler für soziale Umgestaltung zu behandeln, oder wir versuchen, ihn zu umgehen und einzuschränken. Revolutionäre Sozialisten dagegen glauben nicht, dass das Kapital und der Staat zu stark sind, um gestürzt zu werden. Es gibt eine alternative Machtquelle in der kapitalistischen Gesellschaft. Diese findet sich in den außerordentlichen Möglichkeiten einer demokratischen Selbstorganisation durch die Mehrheit der einfachen Menschen.

Die wichtigste Machtquelle kommt von den Arbeitenden, die gezwungen sind, sich kollektiv zu organisieren, um ihre einfachsten Interessen zu verteidigen. Arbeiterselbstorganisation ist besonders wichtig, weil sie über die Hebel verfügt, die kapitalistische Produktion stillzulegen und deshalb den Profitstrom abzustellen, der das System antreibt. Die Bedeutung des Gewerkschaftswesens ergibt sich daraus, dass es den Rahmen bildet, innerhalb dessen Arbeiter sich organisieren, um sich Tag für Tag am Arbeitsplatz der Ausbeutung zu widersetzen.

Selbstorganisation ist natürlich nicht allein den Arbeitenden vorbehalten. Kennzeichnend für die neue Serie von Auseinandersetzungen seit Seattle war eine Reihe anderer Bewegungen, die sich nicht auf die Arbeitsstätten stützen – in Lateinamerika bspw. Kleinbauern und Landarbeiter ebenso wie die argentinischen piqueteros [Bewegung der Arbeitslosen]. Diese Bewegungen haben alle möglichen Verbindungen zur organisierten Arbeiterklasse (die piqueteros werden z.B. von arbeitslosen Gewerkschaftern geführt). Aber keine der Bewegungen verfügt allein über die wirtschaftliche Macht, die Arbeitenden aufgrund der Tatsache haben, dass der Kapitalismus nur durch ihre Arbeit funktioniert.

In der Vergangenheit durchbrachen Arbeiter auf dem Höhepunkt von Kämpfen die Schranken, die ihnen durch konventionelle Gewerkschaften gesetzt werden. Sie organisierten Massenstreiks für politische wie wirtschaftliche Forderungen. Um diese Kämpfe führen zu können, entwickelten sie neue Organisationsformen, Räte von Arbeiterdelegierten, durch die die gesamte Klasse auf lokaler und nationaler Ebene vereint wurde.

Diese Arbeiterräte verkörpern eine fortgeschrittenere Demokratie als jene, die in liberalen kapitalistischen Gesellschaften ausgeübt wird. Sie beruht auf Basisbeteiligung, dezentralisierter Entscheidungsfindung dort, wo Menschen arbeiten und leben, und der unmittelbaren Rechenschaftspflicht von Delegierten übergeordneter Ebenen gegenüber denen, die sie gewählt haben.

Tatsächlich steht hinter der Bildung von Arbeiterräten u.a. die Notwendigkeit, die lokalen Regierungsfunktionen von staatlichen Behörden zu übernehmen, wenn der „normale Dienst“ während Massenstreiks zusammenbricht. Aber es gibt keinen Grund für Arbeiterräte, sich damit zu begnügen, die örtlichen Staatsrepräsentanten zu ersetzen. Erstrecken sie sich über eine ganze Gesellschaft, dann haben sie die organisatorischen Mittel und die ökonomische Macht, den Staat als Ganzen zu ersetzen.

Die Erreichung dieses Ziels hängt davon ab, ob der sich entwickelnde Arbeiterstaat seine Kräfte auf die – notfalls gewaltsame – Überwindung des Widerstands des Kernapparats der kapitalistischen Staatsmacht konzentriert. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um ein politisches und nicht um ein organisatorisches Problem. Ein politischer Kampf innerhalb der neuen Formen von Arbeitermacht ist erforderlich, um die Mehrheit davon zu überzeugen, dass der kapitalistische Staat, wenn er nicht demontiert wird, früher oder später seine Zwangsmittel einsetzt, um die Massenbewegung zu zerschlagen. Dies ist die vorrangige Aufgabe einer revolutionären Massenpartei – nicht die Macht für sich selbst zu ergreifen, sondern die Massen davon

zu überzeugen, dass die neue Demokratie die letzten Bastionen der kapitalistischen Macht erstürmen muss.

In der klassischen marxistischen Tradition geht es bei einer Revolution also nicht um einen Umsturz durch eine Minderheitengruppe. Es geht darum, die Formen von Arbeiterdemokratie auszuweiten, die sich während Massenstreiks von einem einfachen Mittel zur Führung der Auseinandersetzung oder einer „Gegenmacht“ zu den Hauptinstitutionen der kapitalistischen Beherrschung entwickeln: damit sie die Organe werden, durch die die Massen die Gesellschaft wirklich selbst regieren.

Andreas Berlin:
Die klassenlose Gesellschaft
Was ist Sozialismus von unten?
1995

George Orwells Buch 1984 beschreibt einen Staat, der die Bedeutung von Wörtern wie »Wahrheit« oder »Liebe« ins Gegenteil verdreht. Das Wahrheitsministerium verbreitet Lügen. Das Ministerium für Liebe fördert den Haß. Die Regierung betreibt rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung – aber sie nennt sich sozialistisch.

1989 sind ein paar real existierende Regierungen gestürzt worden, die genau für das standen, was Orwell beschrieben hatte: Ausbeutung und Unterdrückung im Namen des Sozialismus. Deshalb ist es gar nicht erstaunlich, daß viele Menschen den Begriff »Sozialismus« nicht mit Hoffnung verbinden, sondern mit Angst und Mißtrauen.

Wäre Orwells Regierung aus 1984 gestürzt worden, dann würden die Wörter »Wahrheit« und »Liebe« die gleiche Angst und das gleiche Mißtrauen auslösen. Und Bundeskanzler Kohl – wenn er in dieser Geschichte einen Platz hätte – würde verkünden: »Überall in der Welt sind Wahrheit und Liebe gescheitert.« Um dem Wort »Sozialismus« seine wirkliche Bedeutung zurückzugeben, muß jede Verwechslung mit dem falschen Sozialismus ausgeschlossen werden, der 1989 zu Recht untergegangen ist.

Das ist unser Ziel, wenn wir unter der Überschrift »Sozialismus von unten« antreten. Aber eine Überschrift kann nicht ausreichen, um das Mißtrauen zu überwinden. Die Leute wollen auch und vor allem das Kleingedruckte lesen. Der folgende Beitrag soll dazu eine Hilfe sein.

Das Urheberrecht auf den Titel »Sozialismus von unten« gebührt dem amerikanischen Marxisten Hai Draper. Ende der 50er Jahre schrieb er einen Aufsatz unter dem Titel Die zwei Seelen des Sozialismus. Dieser Aufsatz hatte eine einfache Botschaft: Das Wort Sozialismus hat zwei völlig gegensätzliche Bedeutungen.

Die eine nannte er »Sozialismus von oben«. Das bedeutet: Die Welt wird verändert, indem wir unser Schicksal in die Hände einer weisen und wohlwollenden Führung legen. Sie wird die richtigen Entscheidungen treffen, und wir werden ihre Beschlüsse ausführen und ihre Weisheit bewundern.

Diese Vorstellung vom Sozialismus ist geprägt von dem Gefühl der Ohnmacht, das einige tausend Jahre Klassenherrschaft geschaffen haben. Sie ist elitär und bürokratisch. In Drapers eigenen Worten:

Es ist das immerwährende Versprechen, das jede herrschende Macht abgibt, um die Leute bei den Oberen nach Schutz suchen zu lassen, anstatt bei sich selbst nach Befreiung. Es hat den unschätzbaren Vorteil, den sicheren Weg darzustellen anstelle des Weges der Kühnheit, den vorsichtigen Weg anstelle des Weges der Aktion. Keine Freiheitsbewegung ist jemals in Gang gekommen, bevor sie nicht diese Haltung überwunden hatte.

Das Gegenstück dazu ist »Sozialismus von unten«. Er wächst aus den Kämpfen der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sein Motto ist der erste Satz aus den Statuten der Arbeiter-Internationale von 1864, »... daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß.«

Sozialismus von unten kann nur durch das Selbstbewußtsein und die Selbstorganisation der arbeitenden Menschen entstehen. Der wichtigste Denker dieser Richtung war Karl Marx. Nebenbei – das Statut der Ersten Internationale ist von ihm.

Sozialistische Utopien

Karl Marx hat den Sozialismus nicht erfunden. In der Geschichte gab es zahlreiche Entwürfe für eine Gesellschaft, in der es keine Unterschiede zwischen Arm und Reich geben sollte.

Die Mehrzahl dieser Entwürfe hatte strenge Regeln, über deren Einhaltung eine Elite wachte. Schon der altgriechische Philosoph Platon erfand einen perfekten Staat, der durch eine besondere Gruppe von „Wächtern“ kontrolliert wurde.

Der Begriff der Utopie geht auf den englischen Kanzler Thomas Moore zurück. Er hatte im Jahre 1516 ein „Utopia“ erträumt, das mit sechs Stunden täglicher Arbeit für alle auskam. Sein Ziel war, „für alle Bürger möglichst viel Zeit frei zu machen von der Knechtschaft des Leibes für die freie Pflege geistiger Bedürfnisse“.

Moore's „Utopia“ ist von einem gutwilligen König namens Utopus begründet worden. Die Führungselite Utopias wird gewählt – allerdings nur aus dem beschränkten Kreis derjenigen, die sich durch ein Studium höhere Bildung angeeignet haben und zu diesem Zweck von der Arbeit freigestellt wurden.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand ein Fülle von sozialistischen Utopien, ausgelöst durch die Französische Revolution von 1789. Die Werke der Franzosen Claude Henri de Saint-Simon, Charles Fourier und Etienne Cabet oder des Briten Robert Owen bildeten wichtige Denkanstöße für Marx und Engels.

Dennoch litten auch die sozialistischen Utopien unter dem Problem, das schon Platon beschäftigte: Wenn wir die beste aller Welten haben, dann muß jede Veränderung zwangsläufig eine Verschlechterung bedeuten. Und das heißt, daß eine strenge, autoritäre Kontrolle (Platons „Wächter“) notwendig ist, um unerwünschte Veränderungen auszuschließen.

Utopien haben etwas Faszinierendes, weil sie beweisen, daß das menschliche Gehirn fähig ist, nicht nur die jeweilige Wirklichkeit zu erfassen, sondern auch eine völlig andere Wirklichkeit zu erdenken. Auf diese Weise formulierten die utopischen Sozialisten eine radikale Kritik der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit im Kapitalismus.

Sie fanden aber keinen Weg, ihre Ideen zu verwirklichen. Saint-Simon träumte von einem Bündnis zwischen Wissenschaftlern und Bankiers, aber er konnte die Bankiers nicht überzeugen, daß sein System besser wäre als das bestehende, dem sie ihren Reichtum verdankten. Cabet und Owen gründeten unabhängig voneinander Muster- exemplare ihrer Zukunftsgesellschaften in Amerika und Schottland. Beide Versuche scheiterten kläglich. Owen verlor sein ganzes Geld, und Cabet wurde von den Mitgliedern der von ihm gegründeten Kommune hinausgeworfen.

Kommunistisches Manifest

Karl Marx und sein Mitstreiter Friedrich Engels suchten den Schlüssel zur Veränderung nicht in der Idee einer besseren Gesellschaft, sondern in den inneren Widersprüchen der schlechten Wirklichkeit. Sie sahen im Klassenkampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten den Weg, der zum Sturz der alten Ordnung und zur Errichtung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft führen sollte.

Im Kommunistischen Manifest formulieren Marx und Engels ihre Kritik an den sozialistischen Utopien:

Die Erfinder dieser Systeme sehen zwar den Gegensatz der Klassen wie die Wirksamkeit der auflösenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft selbst. Aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung.

An die Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit muß ihre persönlich erfinderische Tätigkeit treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vor sich gehenden Organisation des Proletariats zur Klasse eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne.

Um die Jahreswende 1847/48 war das Manifest entstanden. Im nun folgenden Jahr wurde ganz Europa von revolutionären Erhebungen erschüttert. Die Arbeiterschaft spielte darin zum ersten Mal eine selbständige Rolle. Karl Marx kam wieder auf sein Thema zurück, in seinem Bericht über Die Klassenkämpfe in Frankreich:

Eine Klasse, worin sich die revolutionären Interessen der Gesellschaft konzentrieren, sobald sie sich erhoben hat, findet unmittelbar in ihrer eigenen Lage den Inhalt und das Material ihrer revolutionären Tätigkeit.

Das Kommunistische Manifest bildete einen Wendepunkt in der Geschichte der sozialistischen Ideen. Fast

ein Drittel des Textes ist der Auseinandersetzung mit verschiedenen Spielarten des „Sozialismus von oben“ gewidmet. Der utopische Sozialismus erfährt dabei noch die mildeste Kritik.

Aber Marx und Engels machen sehr deutlich, daß sie nicht in die Fußstapfen der Utopier treten wollen. Sie lehnen es bewußt ab, einen Organisationsplan für die sozialistische Gesellschaft zu entwerfen.

Das wird ihnen in den heutigen Sozialismus-Diskussionen manchmal zum Vorwurf gemacht, nach dem Motto: Vielleicht wäre es nicht zum Stalinismus gekommen, wenn Marx einen ordentlichen Plan für den Sozialismus hinterlassen hätten.

Hai Draper zweifelte schon vor 35 Jahren, ob diese Kritiker wissen, welcher zentralen Punkt sie mit dieser Beschwerde berühren. Die Plänemacherei war ein Grundbaustein gerade jener Vorstellung des „Sozialismus von oben“, die Karl Marx zerstören wollte.

Pariser Kommune

Die Erfahrungen der lebendigen Arbeiterbewegung griff Marx allerdings begierig auf. In der Pariser Kommune von 1871 sah er ein Modell:

Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Aber damit ist noch kein Plan für die sozialistische Gesellschaft aufgestellt:

Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zur Verwirklichung, sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.

Deutsche Arbeiterbewegung

Die neuen Ideen von Marx und Engels verbreiteten sich rasch. Aber wir dürfen deshalb nicht denken, daß die Vorstellung eines „Sozialismus von oben“ einfach verschwunden wäre.

Die beiden Denkrichtungen vermischten sich. Die deutsche Sozialdemokratie wuchs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur größten und wichtigsten Arbeiterpartei der Welt heran. Sie brachte dabei verschiedene Varianten des „Sozialismus von oben“ hervor, obwohl sie sich in ihren Programmen zunehmend auf Karl Marx und seine Theorie berief.

Ferdinand Lassalle war einer der Begründer der deutschen Arbeiterbewegung und in der Anfangszeit wohl ihr erfolgreichster Organisator. Sein „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“ ging später in der Sozialdemokratie auf. Er sah den Weg zum Sozialismus im Aufbau staatlich geförderter Arbeiterkooperativen. Die preußische Monarchie und ihr Kanzler Bismarck sollten diese Staatshilfe leisten.

Lassalle erwartete allerdings nicht, daß der preußische Staat freiwillig den Weg für den Sozialismus ebnen würde. Die organisierte Arbeiterbewegung von unten spielte in seinem Plan eine wichtige Rolle: Sie sollte den nötigen Druck auf die Regierung ausüben.

Die heutige Partei-Geschichtsschreibung der SPD betont gerne, daß Lassalles Ideen für die Entwicklung der Partei größeren Einfluß gehabt hätten als die Schriften von Karl Marx. Da ist vielleicht etwas Wahres dran. Gerade in der Zeit, als die Sozialdemokratie einen scheinbar unaufhaltsamen Aufschwung erlebte – von 1890 bis 1914 – waren Theorie und Praxis der Partei oft himmelweit voneinander entfernt.

Sozialismus als „Naturnotwendigkeit“

In der Theorie war die Sozialdemokratie eine revolutionäre Kraft. Die kapitalistische Industrie dehnte sich immer weiter aus und erzeugte dabei eine ständige wachsende Arbeiterschaft. Die Arbeiter schlossen sich in Gewerkschaften zusammen, wurden Mitglieder oder wenigstens Wähler der SPD. Sie glaubten, wenn der Kapitalismus sich voll entfaltet habe, würde er an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen. Die SPD würde

die Macht übernehmen und eine neue, sozialistische Gesellschaft aufbauen.

Bewußtsein und Organisation der Lohnabhängigen erschienen so als zwangsläufige Folge der industriellen Entwicklung. Die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft zu fördern, schien deshalb überflüssig.

Die Partei – schreibt der Politikwissenschaftler Ossip K. Flechtheim – kämpfte vor allem für ein demokratisches – allgemeines – Wahlrecht und – zusammen mit den Gewerkschaften – für den Acht-Stunden-Tag und andere sozialpolitische Verbesserungen. Sie verzichtete aber weitgehend auf jedes aktiv-revolutionäre Eingreifen in die große Politik, das den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zu sprengen gedroht hätte. Man glaubte umso mehr, den Anbruch des Sozialismus passiv abwarten zu können, da man davon überzeugt war, daß dieser mit dem im vermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus naturnotwendig kommen würde.

„Naturnotwendigkeit“ war ein Lieblingsausdruck des Parteitheoretikers Karl Kautsky, der als Hüter des Erbes von Marx und Engels galt. Ganz in diesem Sinne war auch der berühmte Ausspruch des Parteivorsitzenden August Bebel, der den bürgerlichen Abgeordneten des Reichstags zurief: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs’ noch Esel auf!“ Mit diesem Satz machte sich Erich Honecker wenige Wochen vor seinem Sturz unsterblich lächerlich.

Der Reformismus wird zur Theorie

Das Auseinanderklaffen von revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis führte bald zur Entstehung einer Strömung, die in der marxistischen Theorie nur Ballast für die ungehinderte Entfaltung der reformistischen Praxis sah.

Eduard Bernstein war der prominenteste Vertreter dieser Richtung. Er glaubte nicht an den Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern vielmehr an ein fortgesetztes Wachstum. Dementsprechend würde der Sozialismus auch nicht mit „Naturnotwendigkeit“ kommen, aber er könnte durch gesetzliche Reformen erreicht werden, mit denen die Macht der Kapitalisten schrittweise beschränkt würde.

Die Sozialdemokratie sollte also in erster Linie das Ziel verfolgen, die Mehrheit im Parlament zu erobern.

Bernstein hatte – zusammen mit zwei anderen führenden Parteimitgliedern – bereits 1879 im Züricher Exil einen Aufsatz verfaßt, der zur Änderung der sozialdemokratischen Strategie aufrief. Der deutsche Sozialismus habe „zuviel Wert auf die Gewinnung der Massen gelegt und dabei versäumt, in den sogenannten oberen Schichten der Gesellschaft energische Propaganda zu machen.“

Marx und Engels hatten in einem Brief an die Parteiführung scharf gegen diese Auffassung protestiert:

Wir haben bei der Gründung der Internationalen ausdrücklich den Schlachtruf formuliert. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammen- gehen mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befreien, und erst von oben herab befreit werden müssen durch philanthropische Groß- und Kleinbürger.

Bernsteins Theorie war im Grunde ein Rückgriff auf jene alten Ideen, die im Sozialismus die Verwirklichung einer erdachten gerechten Ordnung sahen. Wir haben solche Ideen weiter oben als elitär und bürokratisch bezeichnet. Das sind auch die herausragenden Merkmale des sozialdemokratischen Reformismus bis auf den heutigen Tag. „Wählt uns und laßt Euch in eine bessere Zukunft führen!“ ist die Botschaft dieser Form des „Sozialismus von oben“.

Rosa Luxemburg: Sozialismus oder Barbarei

In der Auseinandersetzung zwischen dem verkürzten Marxismus Kautskys und dem „verbesserten“ Marxismus Bernsteins wurde die Idee, daß die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiter selbst sein muß und kann, fast vollständig verschüttet.

Lediglich Rosa Luxemburg hielt (mit wenigen anderen) die Fahne des Sozialismus von unten hoch. Sie verteidigte mit Kautsky gegen Bernstein die Auffassung, daß der Kapitalismus auf eine gewaltige Katastrophe zusteuerte, aber sie glaubte nicht, daß diese Krise automatisch zum Sozialismus führen mußte.

Die Katastrophe kam 1914 in Gestalt des Ersten Weltkrieges. Das hätte das Aus für den Kapitalismus sein können – wenn die millionenfache Anhängerschaft der Sozialdemokratie in Deutschland darauf vorbereitet gewesen wäre, die Initiative zum Sturz ihrer herrschenden Klasse zu ergreifen.

„Sozialismus oder Barbarei“ war die Alternative, der Ausgang stand nicht im Vorhinein fest. Ohne die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft konnte es keinen Sozialismus geben.

Der Sozialismus – schrieb Rosa Luxemburg 1918 – wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete, auch nicht von einer noch so ausgezeichneten sozialistischen Regierung. Der Sozialismus muß durch die Massen, durch jeden Proletarier gemacht werden.

Der Stalinismus war das genaue Gegenteil. Er bedeutete Entrechtung und Entmündigung der Massen. Es wäre – bei aller Kritik – sogar für die Utopisten des 19. Jahrhunderts oder für Kautsky und Bernstein eine ausgesprochene Beleidigung, wollte man sie zu Vorkämpfern des Stalinismus erklären.

Darum geht es auch nicht. Die Frage ist vielmehr, warum das stalinistische Regime von so vielen als eine Form des Sozialismus akzeptiert werden konnte.

Eine neue sozialistische Utopie?

Das ist nur verständlich, wenn man im Sozialismus nicht die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse sieht, sondern ein Gesellschaftsmodell, das durchaus auf unterschiedliche Weise verwirklicht werden kann: Mit oder ohne Demokratie, so wie ein Apfelkuchen mit oder ohne Sahne doch ein Apfelkuchen bleibt.

Ich fürchte, daß einige Leser jetzt langsam ungeduldig werden. Alles schön und gut, aber wie wird er aussehen, der Sozialismus von unten? Wer garantiert uns, daß nicht wieder irgendein Zentralkomitee die Macht an sich reißt?

Sozialismus von unten ist kein Modell für eine zukünftige Gesellschaftsordnung. Wir brauchen auch kein solches Modell. 1989, als die Parteierrschaft in der DDR gestürzt wurde, gab es eine Menge Intellektuelle, die einen erneuerten, demokratischen Sozialismus wollten.

Ein Arbeiter aus Leipzig hat ihnen auf einer großen der Montagsdemonstrationen eine deutliche Absage erteilt: „Keine Experimente mehr. Wir sind keine Versuchskaninchen.“

Utopien können im besten Fall eine Anregung sein, über die „Sachzwänge“ der bestehenden Gesellschaftsordnung hin auszudenken. Aber ein Sozialismus, der im Sinne Rosa Luxemburgs „von den Massen gemacht“ wird, der bedeutet, daß die arbeitenden Menschen ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen, kann und wird sich nicht an vorgefertigten Modellen orientieren.

Friedrich Engels hat einmal ein Büchlein unter dem Titel Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft geschrieben. Das wird ihm von den Anhängern der Utopie heute noch herzlich übel genommen. Der Begriff des „wissenschaftlichen Sozialismus“ ist in Verruf geraten, weil er zur Verteidigung des Stalinismus mißbraucht wurde. Aber in Wahrheit ist es die Vorstellung, ein utopisches Modell umzusetzen, die notwendigerweise elitäre und bürokratische Züge trägt.

Der wissenschaftliche Sozialismus von Marx und Engels besteht im wesentlichen in der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse sich selbst befreien kann. Die grundlegende Voraussetzung des Sozialismus von unten ist die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der arbeitenden Menschen. Darin besteht die einzige Garantie gegen das Aufkommen von Machteliten und Bürokratie in der Arbeiterbewegung.

Leo Trotzki:

Auszug aus der Kopenhagener Rede

1932

Objektive und subjektive Faktoren der Revolution

Beginnen wir mit einigen elementaren soziologischen Leitsätzen, die Ihnen allen zweifellos bekannt sind, die wir aber beim Herantreten an eine so komplizierte Erscheinung wie die Revolution in unserem Gedächtnis auffrischen müssen.

Die menschliche Gesellschaft ist eine geschichtlich im Kampfe um das Dasein und die Sicherung der Aufrechterhaltung der Generation entstandene Kooperation. Der Charakter der Gesellschaft wird durch den Charakter ihrer Wirtschaft bestimmt. Der Charakter der Wirtschaft wird durch die Arbeitsmittel bestimmt.

Jeder großen Epoche in der Entwicklung der Produktionskräfte entspricht ein bestimmtes soziales Regime. Jedes soziale Regime sicherte bisher der herrschenden Klasse ungeheure Vorteile.

Schon aus dem Gesagten geht klar hervor, daß die sozialen Regimes nicht ewig sind. Sie entstehen geschichtlich, um dann zu Fesseln für den Fortschritt zu werden. Alles, was entsteht, ist wert, daß es zugrunde geht.

Aber keine herrschende Klasse hat freiwillig und friedlich abgedankt. In Fragen von Leben und Tod haben niemals Argumente der Vernunft die Argumente der Gewalt ersetzt. Das mag traurig sein, aber es ist nun einmal so. Nicht wir haben diese Welt geschaffen. Es bleibt nichts übrig, als sie so zu nehmen, wie sie ist.

Die Revolution bedeutet folglich einen Wechsel des sozialen Regimes. Sie übergibt die Macht aus den Händen einer Klasse, die sich erschöpft hat, in die Hände der anderen Klasse, die im Aufsteigen begriffen ist. Der Aufstand bildet den kritischsten und schärfsten Moment im Ringen zweier Klassen um die Macht. Der Aufstand kann nur in dem Falle zum wirklichen Siege der Revolution und zur Errichtung eines neuen Regimes führen, wenn er sich auf eine fortschrittliche Klasse stützt, die fähig ist, die überwältigende Mehrheit des Volkes um sich zu scharen.

Zum Unterschied von den naturgeschichtlichen Prozessen wird die Revolution von Menschen und durch Menschen verwirklicht. Aber auch in der Revolution wirken die Menschen unter dem Einfluß der sozialen Bedingungen, die nicht frei von ihnen erwählt, sondern von der Vergangenheit herübergenommen sind und die ihnen gebieterisch den Weg weisen. Eben darum und nur darum ist die Revolution gesetzmäßig.

Das menschliche Bewußtsein widerspiegelt aber die objektiven Bedingungen nicht passiv. Es pflegt aktiv auf sie zu reagieren. In gewissen Momenten nimmt diese Reaktion gespannten, leidenschaftlich Massencharakter an. Die Barrieren von Recht und Macht werden umgestürzt. Das aktive Eingreifen der Massen in die Ereignisse bildet ja auch das unerläßlichste Element der Revolution.

Aber selbst die stürmischste Aktivität kann im Stadium der Demonstration verbleiben, ohne sich auf die Höhe der Revolution zu erheben. Der Aufstand der Massen muß zur Niederwerfung der Herrschaft einer Klasse und zur Aufrichtung der Herrschaft einer anderen führen. Dann erst haben wir eine vollendete Revolution. Der Massenaufstand ist kein isoliertes Unternehmen, das man nach Belieben heraufbeschwören kann. Er stellt ein objektiv bedingtes Element in der Entwicklung der Revolution dar, wie die Revolution einen objektiv bedingten Prozeß in der Entwicklung der Gesellschaft. Sind aber die Bedingungen des Aufstandes vorhanden, darf man nicht passiv, mit aufgerissenem Munde abwarten: auch in menschlichen Dingen gibt es, wie Shakespeare sagt, Flut und Ebbe.

Um das überlebte Regime hinwegzufegen, muß die fortschrittliche Klasse verstehen, daß ihre Stunde geschlagen hat und sich die Eroberung der Macht zur Aufgabe stellen. Hier erschließt sich das Feld der

bewußten revolutionären Aktion, wo sich Voraussicht und Berechnung mit Willen und Wagemut verbinden. Mit anderen Worten: hier erschließt sich das Aktionsfeld der Partei.

Die revolutionäre Partei vereinigt in sich die Auslese der fortschrittlichen Klasse. Ohne eine Partei, die fähig ist, sich in der Umgebung zu orientieren, Gang und Rhythmus der Ereignisse abzuschätzen und rechtzeitig das Vertrauen der Massen zu erobern, ist der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich. Das ist die Wechselbeziehung der objektiven und der subjektiven Faktoren der Revolution und des Aufstandes.

Tony Cliff:

Warum wir eine revolutionäre Partei brauchen

Mitschrift einer Rede gehalten bei Marxism 1997 in London

1. Ungleiches Bewußtsein in der Arbeiterklasse

Warum brauchen wir eine revolutionäre Partei? Der Hauptgrund dafür findet sich in zwei Aussagen von Marx. Er sagte, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse der Akt der Arbeiterklasse selbst sein müsse. Gleichzeitig sagte er, daß die herrschenden Ideen in jeder Gesellschaft die Ideen der herrschenden Klasse seien. Diese beiden Aussagen beinhalten einen Widerspruch. Aber dieser Widerspruch existiert nicht in Marx Kopf, sondern in der Wirklichkeit.

Wäre nur eine der beiden Aussagen richtig, gäbe es keine Notwendigkeit für eine revolutionäre Partei. Wenn es einfach so wäre, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse der Akt der Arbeiterklasse selbst ist, dann bräuchten wir nicht für den Sozialismus zu kämpfen. Wir bräuchten uns nur lächelnd zurücklehnen. Denn die Arbeiter werden sich schon selbst befreien. Wäre es dagegen allein richtig, daß die herrschenden Ideen immer die Ideen der Herrschenden sind, die Arbeiter also immer die Vorstellungen der Herrschenden akzeptieren, dann könnten wir uns auch zurücklehnen. Aber dann müßten wir in Tränen ausbrechen, denn es könnte ja nichts getan werden.

Tatsächlich sind beide Aussagen von Marx richtig. Der Klassenkampf drückt sich nicht immer nur in einem Konflikt zwischen Arbeitern und Bossen aus, sondern auch in Kämpfen innerhalb der Arbeiterklasse. Wenn sie Streikposten stehen, versuchen die Arbeiter doch nicht, die Kapitalisten von der Arbeit abzuhalten. Die Kapitalisten arbeiten gewöhnlich nicht, also werden sie auch nicht während eines Streiks arbeiten. Auf einem Streikposten geht es darum, daß ein Teil der Arbeiter einen anderen Teil der Arbeiter davon abhalten will, die Streikposten im Sinne der Bosse zu durchbrechen.

Wozu sollte man Arbeitermacht, die Marx die Diktatur des Proletariats nannte, brauchen, wenn die gesamte Arbeiterklasse vereint wäre und nur eine winzige Minderheit von Kapitalisten gegen die Arbeiter? Wäre die Arbeiterklasse immer vereint, könnten wir die Unternehmer einfach nach Hause schicken. Wäre die Arbeiterklasse völlig einig, würden wir auf die Bosse spucken und sie in den Atlantik spülen.

In der Wirklichkeit ist es so, daß wir fortschrittliche Arbeiter auf der einen und rückständige Arbeiter auf der anderen Seite haben. Weil die herrschenden Ideen die Ideen der Herrschenden sind, spalten sich die Arbeiter nach unterschiedlichen Ebenen der Bewußtseinsentwicklung. Und nicht nur das: Auch das Bewußtsein eines einzelnen Arbeiters ist gespalten. Er oder sie kann militant sein, wenn es um höhere Löhne geht und den Boss hassen. Das heißt nicht, daß er oder sie zwangsläufig gegen Rassismus ist. Einst lebten wir mit einem Drucker zusammen, einem hochqualifizierten Arbeiter. Er wollte in die Ferien und ich fragte ihn: „Fliegst du morgen in die Ferien?“ Er antwortete: „Nein, morgen kann ich nicht fliegen, es ist Freitag der 13. Ich muß bis Samstag warten.“ Dieser Mann des 20. Jahrhunderts hatte tausend Jahre alte Ideen in seinem Kopf.

2. Gegen Opportunismus und Sektierertum

Es kann passieren, daß man auf einem Streikposten steht und ein Arbeiter neben einem macht rassistische Kommentare. Dann kann man drei Dinge tun. Man kann sagen: „Ich stehe nicht gemeinsam mit einem Rassisten Streikposten. Ich gehe nach Hause, da macht wenigsten keiner rassistische Kommentare.“ Das ist Sektierertum. Denn wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse Sache der Arbeiter ist, muß ich mit dem Arbeiter Streikposten stehen.

Die andere Möglichkeit besteht darin, die Frage des Rassismus einfach zu umgehen. Jemand macht einen rassistischen Kommentar und man tut so, als hätte man nichts gehört und sagt: „Schönes Wetter heute“. Das ist Opportunismus.

Die dritte Möglichkeit besteht darin, sich mit der Person über den Rassismus, über die herrschenden Ideen, auseinanderzusetzen. Man streitet und streitet. Wenn man die Person überzeugt – sehr gut! Aber wenn man es nicht schafft, den anderen zu überzeugen, und der Bus mit den Streikbrechern kommt, bildet man trotzdem zusammen eine Kette, um die Streikbrecher zu stoppen. Denn die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die Arbeiter selbst geschehen. Das ist revolutionäre Politik.

3. Die revolutionäre Partei: die Universität der Arbeiterklasse

Zwanzig Jahre vor ihrer Revolution hatte die französische Bourgeoisie keine eigene Partei. Die Jakobiner existierten gar nicht vor dem Jahr 1789. Warum versuchen wir, 20, 30 oder 50 Jahre vor der Revolution, eine revolutionäre Partei aufzubauen? Schon lange bevor wir die Arbeiterklasse im Kampf, in der Revolution, führen, müssen wir über die Notwendigkeit einer revolutionären Partei reden.

Die Jakobiner konnten sich während der Revolution selbst herausbilden. Warum? Weil das Verhältnis zwischen den Kapitalisten und dem Adel ein anderes war als es heute das Verhältnis zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern ist.

Es ist richtig, daß die Kapitalisten damals den Adel stürzen mußten, und daß die Arbeiter heute die Kapitalisten stürzen müssen, aber dazwischen gibt es einen riesigen Unterschied. Es ist nicht wahr, daß der Adel ungeheuer reich war und die Kapitalisten alles arme Schlucker waren. Die Kapitalisten waren schon vor der Revolution enorm reich. Sie konnten zum Adel sagen: „Euch gehört das Land, aber wir besitzen Geld. Uns gehören die Banken. Wenn Ihr pleite geht, versucht Ihr Euch zu retten, indem Ihr unsere Töchter heiratet, um so Euer blaues Blut mit unserem Gold zu mischen.“ Wenn es um die Ideen ging, sagten die Kapitalisten: „Ihr mögt Eure Priester haben, aber wir haben Professoren. Ihr habt die Bibel, wir haben die Enzyklopädie. Los, tretet ab.“

Die Kapitalisten waren intellektuell von den Ideen des Adels unabhängig. Ihr Denken beeinflusste den Adel viel mehr als andersherum das Denken des Adels die Bourgeoisie beeinflusste. Die Französische Revolution begann mit einem Treffen der drei Stände – des Adels, des Klerus und der Mittelklassen. Als es zur Abstimmung kam, stimmten der Adel und der Klerus mit den Kapitalisten, nicht andersherum.

Ist unsere Position ähnlich wie die der Kapitalisten? Natürlich nicht. Wir können uns nicht an die Kapitalisten wenden und sagen: „OK, Euch gehören Ford, General Motors und ICI, aber wir besitzen ein Paar Schuhe.“ Es ist auch nicht so, daß Kapitalisten ihre Töchter mit den Söhnen ihrer Arbeiter verheirateten, um nicht bankrott zu gehen. Wenn es um den Einfluß von Ideen geht, ist klar, daß Millionen von Arbeitern von der Sun (engl. Version der Bild) beeinflusst werden. Aber wie viele Kapitalisten werden durch die Ideen des Socialist Worker (Zeitung der Socialist Workers Party) beeinflusst?

Die revolutionäre Partei der Bourgeoisie konnte in den revolutionären Kämpfen selbst entstehen. Die Bourgeoisie mußte sich nicht vorbereiten, sie besaß ein enormes Selbstvertrauen. Was passierte am 14. Juli 1789? Robespierre, der Führer der Jakobiner, schlug vor, daß man für Louis XVI. eine Statue in der Nähe der Bastille errichten sollte. Da wußte er noch nicht, daß er drei Jahre später den Kopf von König Louis abschlagen würde. Woher kommt der Name Jakobiner? Er kommt von dem Kloster, in dem die Jakobiner sich trafen.

Die Bourgeoisie war unabhängig und stark. Wir befinden uns in einer komplett anderen Situation. Wir gehören einer unterdrückten Klasse an. Uns fehlt es an Erfahrung, die Gesellschaft zu leiten, denn die Kapitalisten besitzen nicht nur die Mittel der materiellen, sondern auch die der geistigen Produktion. Deswegen brauchen wir eine Partei – die Partei ist die Universität der Arbeiterklasse. Was Sandhurst (militärische Eliteschule) für die Britische Armee ist, ist die Partei für die Arbeiterklasse.

Marx schreibt im Kommunistischen Manifest, daß die Kommunisten die historischen und internationalen Erfahrungen der Arbeiterklasse verallgemeinern müssen. In anderen Worten: Wir lernen nicht nur aus unseren eigenen, persönlichen Erfahrungen. Mein Schatz an persönlichen Erfahrungen ist winzig. Jeder von uns hat nur wenig direkte, eigene Erfahrungen. Deshalb müssen wir in der Lage sein, zu verallgemeinern und gerade die Organisation macht dies möglich. Ich selbst habe keine unmittelbaren Erfahrungen aus der Pariser Kommune von 1871. Ich war damals noch sehr jung. Also brauche ich jemanden, der die Erfahrungen vermitteln kann. Aus diesem Grund schrieb Trotzki, daß die Partei das Gedächtnis der Arbeiterklasse sein muß.

4. Drei Arten von Arbeiterparteien

Es gibt drei Arten von Arbeiterparteien: revolutionäre, reformistische und zentristische. Das Kommunistische Manifest beschreibt den Charakter der revolutionären Partei folgendermaßen:

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“

Die zweite Art von Arbeiterparteien sind die reformistischen Parteien. In einer Rede vor dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale 1920 definierte Lenin die Labour Party als eine „kapitalistische Arbeiterpartei“. Er bezeichnete sie als kapitalistisch, weil die Politik von Labour den Rahmen des Kapitalismus nicht in Frage stellt. Warum nannte er sie dann gleichzeitig eine Arbeiterpartei? Nicht, weil die Arbeiter sie wählten. Zu der Zeit wählte die Mehrheit der Arbeiter die Konservative Partei. Und die ist natürlich eine kapitalistische Partei. Lenin verstand Labour als Arbeiterpartei, weil sie den Drang der Arbeiter ausdrückte, sich gegen die Übel des Kapitalismus zu wehren. Wenn man die Konferenzen der Labour Party im Fernsehen verfolgt, wird klar, daß die Mitgliedschaft ganz andere Hoffnungen und Sehnsüchte hat als die Mitglieder der Tories. Bei den Parteitag der Tories brandet der Applaus auf, wenn die Redner Gewerkschafter und Schwarze angreifen oder die Armee und die Polizei lobpreisen. Bei den Parteitagen der Labour Party klatschen die Leute, wenn bessere Gesundheitsvorsorge, bessere Erziehung und Wohnungsversorgung gefordert werden.

Zwischen den revolutionären und den reformistischen Parteien gibt es eine dritte Art von Partei, die zentristische Arbeiterpartei. Ihr Hauptcharakteristikum ist, daß sie zu vermeiden versucht, sich auf eine klare Position festzulegen. Sie ist weder das eine noch das andere. Sie schwankt zwischen revolutionären und reformistischen Positionen. Ein Pferd pflanzt sich als Pferd fort, ein Esel als Esel. Wenn Pferd und Esel sich paaren, kommt dabei ein Maultier heraus. Aber Maultiere können sich nicht fortpflanzen. In einer revolutionären Partei gibt es eine Kontinuität. Die Partei mag wachsen oder schrumpfen, aber die revolutionäre Tradition lebt fort. Für die zentristischen Parteien gilt das nicht. 1936 hatte die POUM in Spanien 40.000 Mitglieder. Heute ist die POUM absolut tot. Die Independent Labour Party in Großbritannien hatte nach der Wahl 1945 vier Unterhausabgeordnete. Heute existieren von ihr noch nicht einmal mehr Reste. Ähnliches gilt für die deutsche SAP. Sie war eine Mischung aus dem (rechten) Brandler-Flügel der KPD, Pazifisten aus der SPD und verschiedenen anderen. In den 30er Jahre war die SAP ziemlich groß, aber heute ist sie nicht mehr existent.

5. Der Revolutionär führt die Arbeiterklasse und lernt von ihr

Die revolutionäre Partei muß die Arbeiterklasse auf der Basis der historischen Erfahrungen führen. Die Arbeiterklasse lernt also von der Partei. Aber von wem lernt die Partei? Es ist wichtig zu verstehen, daß die Partei von der Arbeiterklasse lernen muß. Alle großen Ideen kommen aus der Arbeiterbewegung selbst heraus. Im Kommunistischen Manifest spricht Marx von der Notwendigkeit einer Arbeiterregierung, der Diktatur des Proletariats. 1871 schrieb er dann, daß die Arbeiter die alte Staatsmaschinerie nicht einfach für sich nutzen und sie übernehmen könnten, sondern den Staat, d.h. die alte Bürokratie, die Armee und die Polizei, zerschlagen müßten. All diese hierarchischen Strukturen müssen von uns zerschlagen werden. Wir müssen eine neue Art von Staat aufbauen – einen Staat ohne stehendes Heer, ohne Bürokratie, wo alle Offiziellen gewählt werden und soviel Lohn erhalten wie ein normaler Arbeiter. Fand Marx all dies über den Arbeiterstaat heraus, weil er so fleißig im Britischen Museum las? Nein. Er lernte von den Pariser Arbeitern, die in der Pariser Kommune 1871 die Macht ergriffen und genau diese Maßnahmen ergriffen hatten.

Marx lernte von den Arbeitern und ihrer Praxis. Die Stalinisten behaupten immer wieder, daß Lenin die Idee der Arbeiterräte erfunden hätte. In der stalinistischen Literatur hat Lenin eigentlich alles erfunden. Die Stalinisten hatten ein Konzept von Hierarchie, das im Endeffekt auf eine Art Religion herauslief. Wir kennen die Briefwechsel von Lenin. Als die Petrograder Arbeiter 1905 die ersten Arbeiterräte bildeten, fragte Lenin vier Tage später, wozu das gut sein solle.

In dem Kampf brauchten die Arbeiter eine neue Form der Organisation. Sie lernten durch die eigenen Erfahrungen, daß in den Zeiten der Revolution ein Streikkomitee in einem einzelnen Betrieb nicht ausreichte. Man brauchte jetzt eine Form von Organisation, eine Art Streikkomitee, die alle Fabriken umfaßte. Und genau das waren die Sowjets, die Arbeiterräte: Delegierte aus allen Betrieben kamen zusammen, um gemeinsam zu entscheiden. Sie haben es einfach getan. Und Lenin verstand das schließlich und folgte ihnen. So wie Lenin muß die Partei immer von der Klasse lernen.

Ist die Partei immer fortschrittlicher als die Klasse? Im Großen und Ganzen ist die Partei fortschrittlicher als die Klasse. Sonst ist sie keine revolutionäre Partei. Wenn wir 1914 und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs betrachten, sehen wir, daß die Partei viel fortschrittlicher war als die Klasse: Die Bolschewiki waren gegen den Krieg, während die Mehrzahl der Arbeiter ihn unterstützte. Aber dann kam das Jahr 1917. In den Monaten August und September 1917 beklagte sich Lenin immer wieder, daß die Partei sich langsamer entwickelte als die Klasse. Die Klasse war fortschrittlicher als die Partei, und die Partei mußte sich bemühen, mit dem Entwicklungstempo der Klasse Schritt zu halten. Der Grund für diese Entwicklung ist leicht herauszufinden. Lange Zeit fehlte den Arbeitern das Selbstvertrauen, also blieben sie hinter der Partei zurück. Aber die objektiven Umstände änderten sich, die Kämpfe eskalierten und die Arbeiter lernten und veränderten sich rasend schnell.

Das Problem für Revolutionäre ist, daß wir eine gewisse Routine haben müssen, um überleben zu können. Aber die Routine frißt sich in uns hinein. Man sieht es als selbstverständlich an, fortgeschrittener zu sein als die Arbeiterklasse. Aber wenn die Arbeiter in Bewegung geraten, merkt man auf einmal, daß man verdammt rückständig ist! Die revolutionäre Partei muß dann erst einmal mit der Entwicklung der Klasse Schritt halten. Denn die Partei ist nicht einfach eine feste Gruppe von Leuten, die Revolutionäre sind und allein schon aus diesem Grund immer die Führung sein können. Um die Führung muß man permanent kämpfen. Man muß bereit sein, immer dazuzulernen und sich zu entwickeln.

Und das trifft nicht nur auf revolutionäre Zeiten zu. An manchen Arbeitsplätzen kann man feststellen, daß gute Genossen, die seit 20 Jahren in der SWP sind, hinter Genossen herhinken, die erst ganz neu in der Organisation sind, wenn es um Aktivität geht. Das passiert immer wieder. Mit der Führung einer revolutionären Organisation verhält es sich ganz anders als mit einem Sparguthaben bei einer Bank. Geld auf dem Bankkonto bringt Zinsen ein. Revolutionäre Führung ist etwas vollständig anderes. Sie muß jeden Tag und jeden Monat neu gewonnen werden. Für die Führung zählt, was sie letzte Woche getan hat, was sie diese Woche tut und nächste Woche tun wird. Man kann die Erfahrung der letzten Jahrhunderte haben, wichtig aber ist, was man in der aktuellen Situation auch wirklich tut. Um revolutionäre Führung muß also ständig gekämpft werden.

6. Der Charakter reformistischer Parteien: Passivität und Anpassung

Weil die reformistischen Parteien immer nur nach möglichst vielen Stimmen bei den nächsten Wahlen streben, suchen sie immer nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie passen sich den herrschenden Ideen an. Es glaubt doch wirklich niemand, daß die Abgeordneten von Labour nicht von der Unterdrückung von Schwulen und Lesben wissen. Aber 1983 spielte Patricia Hewitt, Neil Kinnocks Sekretärin, der Sun ein Papier zu, in welchem die linken Stadtverwaltungen angegriffen wurden, die Schwule und Lesben unterstützten. Warum tat sie das? Sie tat es, weil sie glaubte, daß es sie beliebt machen würde.

Ich besitze ein Flugblatt, das von einem Mann namens John Strachey verfaßt wurde. Wer bezeichnete sich als Marxisten. 1929 kandidierte er fürs Parlament. Aber er hatte ein Problem: Er sah jüdisch aus. Also ließ er ein Flugblatt mit der Überschrift „John Strachey ist britisch“ drucken und drohte damit, jeden vor Gericht zu bringen, der behauptete, Strachey sei Jude.

Warum tat er das? Ich selbst bin Jude. Und jedes Mitglied der SWP, das als Jude bezeichnet wird, sagt: „Natürlich bin ich ein Jude. Ich bin stolz darauf!“ Aber wenn man auf die maximale Stimmenzahl zielt, muß

man sich an die herrschenden Ideen anpassen. Deswegen sind die reformistischen Parteien gewöhnlich sehr groß und gleichzeitig sehr passiv.

Es gibt ein Buch mit dem Namen Labour's Grassroots (Die Basis der Labour Party), dem man die Altersstatistik der Partei entnehmen kann. 1984 gab es 573 Gruppen der Young Socialists (Jungsozialisten), 1990 nur noch 15. Es gibt dreimal so viele Mitglieder im Alter von 66 und darüber wie unter 25jährige.

Die Labour-Mitglieder wurden gefragt, wieviel Zeit sie in die Parteiarbeit investierten. 50% taten gar nichts, 30% waren bis zu fünf Stunden im Monat aktiv und nur zehn Prozent sagten, sie investierten zwischen fünf und zehn Stunden. Extreme Passivität – das ist charakteristisch für die Labour Party. Die andere Seite der Medaille ist die bürokratische Kontrolle. Die Bürokraten beherrschen die Partei.

Dann gibt es natürlich noch die Sekte. Deren Mitglieder sagen ganz einfach: „Wir kämpfen nur mit Leuten, die voll mit uns übereinstimmen. Alle anderen interessieren uns nicht.“

Die wirklichen Revolutionäre dagegen lassen sich von der Arbeiterklasse insgesamt unterscheiden, sind aber gleichzeitig ein Teil dieser Klasse. Die Hauptfrage für Revolutionäre ist, wie man sich auf Arbeiter bezieht, die noch keine Revolutionäre sind. Wie bezieht man sich auf Leute, die zu 60% unserer Meinung sind und wie erreicht man es, daß aus den 60% im Kampf vielleicht 80% werden?

Als Sektierer sagt man: „Du stimmst zu 40% nicht mit mir überein, Du bist mir egal.“ Als Revolutionär sagt man: „Wir stimmen zu 60% überein. Das ist eine gute Ausgangslage. Laß uns damit beginnen und über die restlichen 40% diskutieren. Ich werde versuchen, Dich zu überzeugen.“

7. Demokratischer Zentralismus

Wie sieht es mit der Struktur der revolutionären Partei aus? Warum sprechen wir vom demokratischen Zentralismus?

Ersteinmal müssen wir verstehen, warum wir die Demokratie benötigen. Wenn man von London nach Birmingham reisen will, braucht man einen Bus und einen Busfahrer. Man braucht keine großartige demokratische Diskussion, weil man schon oft von London nach Birmingham gereist ist und den Weg kennt. Das Problem liegt aber darin, daß wir den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus noch nie erlebt haben. Wenn man etwas noch nicht kennt, muß man eben lernen. Und dazu gibt es nur einen Weg. Man muß in der Klasse verankert sein und von der Klasse lernen.

Es ist ja nicht so, daß man einfach mit Demokratie jedes Problem lösen könnte. Wenn man herausfinden will, ob Marx Recht hatte, als er den tendenziellen Fall der Profitrate beschrieb, kann man darüber nicht abstimmen. Denn das würde nichts bedeuten – entweder hatte Marx Recht oder aber nicht. Denk darüber nach, lies und entscheide schließlich.

Andere Dinge aber kann man nicht anders entscheiden als über demokratische Abstimmungen. Alles, was den Klassenkampf betrifft, muß einer praktischen Prüfung unterworfen werden. Weil wir sonst einfach nichts herausfinden. Weil die Emanzipation der Arbeiter die Sache der Arbeiter selbst ist, wird die Erfahrung, die die Arbeiter selbst machen, uns lehren.

Darüber gibt es eine wundervolle Beschreibung von Lenin aus der Zeit nach dem Juli 1917. Lenin mußte sich verstecken, die Partei wurde verboten und ihre Presse zerschlagen. Die Bolschewiki wurden beschuldigt, deutsche Agenten zu sein. Lenin wußte nicht, inwieweit die Reaktion nach dem Juli ihre Macht wieder gefestigt hatte. Er beschreibt eine Mahlzeit mit einem Arbeiter, mit dem er sich in einem gemeinsamen Versteck befand. Der Arbeiter gab ihm Brot und sagte: „Das Brot ist gut. Sie, die Kapitalisten, haben Angst vor uns.“ Lenin erinnerte sich später: „In dem Moment, als ich den Arbeiter sprechen hörte, verstand ich das Verhältnis der Klassenkräfte. Ich wußte, was die Arbeiter wirklich dachten, nämlich daß das Kapital noch immer ängstlich ist, obwohl wir in der Illegalität sind, obwohl wir geschlagen scheinen. Der Sieg der Konterrevolution ist noch nicht perfekt.“

Wie soll man herausfinden, ob die Arbeiter sich stark fühlen und kämpfen wollen? Man kann keine Meinungsumfrage oder eine Streikabstimmung in der bürgerlichen Presse veranstalten. Dazu wird man keine Gelegenheit bekommen. Man kann auch nicht jeden einzelnen Arbeiter fragen.

Ohne breite und tiefe Demokratie kann man keine Arbeiterrevolution machen. Und schließlich ist es das Ziel der Revolution, daß die Arbeiterklasse sich zur herrschenden Klasse erhebt, um das demokratischste System der Menschheitsgeschichte zu errichten. Das ist eine ganz andere Form von Demokratie als die des

Kapitalismus, in dem man alle fünf Jahre jemanden wählt, der einen dann noch nicht einmal wirklich repräsentiert. Im Kapitalismus wählt man die Parlamentsabgeordneten, aber nicht die Arbeitgeber. Im Kapitalismus wird nicht darüber abgestimmt, ob eine Fabrik geschlossen werden soll oder nicht. Wir dürfen weder die Offiziere in der Armee noch die Richter wählen. In einem Arbeiterstaat muß alles unter der Kontrolle der Arbeiter sein. Alles liegt in der Macht der Arbeiter. Das ist die höchste Form der Demokratie.

Das vorausgesetzt, wozu benötigen wir dann Zentralismus?

Zunächst einmal sind die Erfahrungen der Arbeiter und der Parteimitglieder ungleich. Die Arbeiter machen unterschiedliche Erfahrungen und diese Erfahrungen müssen gesammelt werden. Sogar in der revolutionären Partei unterliegen die Mitglieder ganz unterschiedlichen Formen von Druck. Sie werden vom allgemeinen Zustand der Dinge beeinflusst und von der Sektion der Klasse, zu der sie gehören. Um diesen Sektionalismus zu überwinden und diese begrenzten Erfahrungen zu erweitern, müssen alle Erfahrungen zentralisiert werden.

Und man braucht den Zentralismus, weil die herrschende Klasse in hohem Maße zentralisiert ist. Wenn man nicht symmetrisch zu seinem Feind ist, kann man nicht gewinnen. Ich bin nie ein Pazifist gewesen. Wenn jemand mich mit einem Knüppel angreift, brauche ich einen größeren Knüppel. Ich glaube nicht daran, daß ein Zitat aus Marx Kapital einen wilden Hund davon abhält, mich anzugreifen. Wir müssen ähnliche Waffen wie unsere Feinde benutzen, wir müssen eine Symmetrie herstellen. Deswegen verstehe ich die Anarchisten nicht, die sagen, wir bräuchten keinen Staat. Die Kapitalisten besitzen einen Staat. Wie sollen wir diesen Staat zerschlagen ohne dafür einen eigenen Staat zu nutzen?

Die Anarchisten lehnen den Staat grundsätzlich ab. Aber als sie selbst sich in einer sehr machtvollen Position befanden, traten sie in eine bürgerliche Regierung ein. Genau das taten sie in Spanien während des Bürgerkrieges. Warum? Weil es keinen Sinn macht, etwas zu ersetzen, ohne es zu zerschlagen. Und wenn man etwas zerschlägt, muß man eine Vorstellung davon haben, womit man es ersetzen will. Nämlich mit Körperschaften bewaffneter Arbeiter. Und genau das ist der Arbeiterstaat.

8. Die Notwendigkeit einer revolutionären Massenpartei

Wenn wir von der Führung der Arbeiterklasse durch die Partei reden, dann ist damit mehr verbunden als nur die Frage von Erfahrung, theoretischem Wissen und der Verankerung in der Klasse. Die Führung muß immer die Sprache der Klasse sprechen und in sich den Geist der Arbeiter tragen. Denn bei der Führung geht es immer darum, sich auf die Arbeiter zu beziehen. Man muß reden und auch zuhören können, nicht einfach nur predigen. Und man muß in einer Sprache reden, die die Arbeiter verstehen.

Aber auch das ist noch nicht genug. Wir brauchen eine große Partei. Um die Arbeiterklasse führen zu können, braucht man eine wirkliche Massenpartei. Die SWP ist die kleinste Massenpartei der Welt. Sie ist eine winzige Partei. 1914 hatten die Bolschewiki 4.000 Mitglieder. Nach der Februarrevolution 1917 hatten sie 23.000 Mitglieder und im August 250.000. Mit einer Viertelmillion kann man eine industrielle Arbeiterklasse von drei Millionen führen.

1918 hatten die Kommunisten in Deutschland 4.000 Mitglieder. Selbst wenn sie alle Genies gewesen wären, hätten sie die Revolution nicht gewinnen können. Man braucht eine große Partei. Denn um die Klasse führen zu können, braucht man eine wirkliche Basis in jedem Betrieb.

Ich habe bereits die Juli-Tage in Rußland erwähnt. Als Lenin als deutscher Spion angegriffen wurde, streikten 10.000 der 30.000 Arbeiter der Putilov-Werke in Petrograd für einen Tag, um ihr Vertrauen in Lenin zu zeigen. Das war nur möglich, weil es in den Werken 500 aktive Bolschewiki gab.

Wenn man Millionen führen will, braucht man eine Partei von Hunderttausenden. Selbst der Carnival der Anti-Nazi-League mit 150.000 Teilnehmern, eine fantastische antifaschistische Kundgebung, war eine kleine Sache, wenn man ihn mit der Revolution vergleicht. Und allein um diesen Carnival zu organisieren, brauchten wir sechs, sieben oder achttausend SWP-Mitglieder.

Ich habe nichts als Verachtung übrig für Leute, die glauben, daß der Marxismus eine Art intellektueller Turnübung ist: Wir interpretieren Dinge, wir verstehen sie und sind dann schlauer als alle anderen. Der Marxismus ist eine Theorie des Kampfes, und um kämpfen zu können, braucht man Masse. Für den Kampf braucht man Kraft. Wir brauchen eine Massenpartei von einer halben Million.

Anhang

Fragen zur Diskussion

Zur Einstimmung und Vorbereitung der Sonntagsschule hier ein paar Diskussionsanregungen und Fragen zu den Themengebieten die in den Texten und Referaten in der Sonntagsschule angesprochen werden.

Bewusstsein & Ideologie

Gibt es eine menschliche Natur? Sind und bleiben die Menschen egoistisch?

Was beeinflusst unser Denken? Welche Rolle spielen Familie, Schule, Freunde, Arbeit, Medien?

Was bedeutet Entfremdung?

Was meinte Marx mit dem „ungleichen Bewusstsein“ der Arbeiterklasse?

Warum reden Sozialisten immer von der Arbeiterklasse?

Selbstaktivität verändert unser Denken. Fallen dir Beispiele aus dem Audimax ein?

Von Protest zu Revolution

Was bedeutet Revolution? Welche Beispiele gab es in der Geschichte?

Was ist eine sozialistische Revolution? Wie unterscheiden sich Sozialismus von unten und Soz. von oben?

Was bedeutet Massenradikalität?

Wie funktioniert Revolution?

Was bewirken Streiks? Warum sind sie so mächtig?

Was ist der Unterschied zwischen einem ökonomischen und einem politischen Massenstreik?

Wie gehen Revolutionäre mit dem bürgerlichen Staat um? Reformieren, Umgehen oder Stürzen?

Brauchen wir einen Arbeiterstaat?

Gewaltfrage: Kommt eine Revolution ohne Gewalt aus? Müssen Revolutionäre Pazifisten sein?

Was ist die Unibrennt-Bewegung: Protestbewegung, Arbeitskampf, revolutionäre Erhebung oder nur Ausdruck des Geltungsdrangs der Studenten?

Wie ist das Verhältnis von Studi- zur Arbeiterbewegung? Was hat sich in den letzten Jahren geändert?

Organisation, Partei & Demokratie

Organisation vs. Spontaneität: Wozu brauchen wir Organisation?

Welche Arten von Arbeiterparteien gibt es? Bsp aus der Geschichte?

Was ist eine revolutionäre Organisation? Bsp aus der Geschichte? Ist Linkswende eine revolutionäre Partei?

Warum kann die Revolution nicht siegreich sein, ohne revolutionäre Partei?

Welche Rolle spielt ein Revolutionär? In seinem persönlichen Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Uni usw?

Wie ist das Verhältnis von Partei & Klasse? Wen wollen wir organisieren?

Was bedeutet Opportunismus und Sektierertum?

Was bedeutet demokratischer Zentralismus? Warum brauchen wir Demokratie UND Zentralismus?

Linkswende: Wen und wie viele wollen wir organisieren? Welche Rolle spielen Zeitung, Broschüren und marxistische Theorieveranstaltungen? Wie agieren wir in der Unibrennt-Bewegung? Wie können wir noch mehr MitstreiterInnen gewinnen?

Empfohlene Literatur

Zum vertiefenden Weiterlesen hier eine kurze Empfehlung:

Klassiker

Karl Marx, Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest

Rosa Luxemburg: Der Massenstreik

Lenin: Staat & Revolution

Sozialismus, Arbeiterbewegung

Hal Draper: Die zwei Seelen des Sozialismus

Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?

Revolutionen

Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution (Die Aprilthesen)

John Rees: Oktober 1917. Zur Verteidigung der russischen Revolution

Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution

John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten

Chris Harman: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923

Partei & Organisation

Chris Harman: Partei & Klasse

John Molyneux: Marxismus & die Partei

Chris Harman: Lenin Vol.1: Aufbau der Partei

Georg Lukasc: Methodisches zur Organisationsfrage